

Verbius=Anzeiger

Organ des

Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Cüchner und Weißbinder

sowie der freien eingeschriebenen Helfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 51

Erscheint alle Sonnabend.
Abonnementsspreis Wil. 1.50 pro Quartal.
Reaktion und Expedition: Hamburg 25,
 Claus Großstraße 1. Fernspr. 5. 8246.

Hamburg,
Sonnabend, 20. Dezember 1913.

Anzeigen kosten die fünfgesparte Non-
parallele Zeile oder deren Doppel 50 Pf.
Der Betrag ist nichts vorher einzuzahlen.
Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. die Zeile.

27. Jahrg.

Der neue Stern.

Der du noch gehst in Träum und Nacht
Durch dieses Daseins dunkle Stunden,
Der du zum Licht den rauhen Weg
Noch nicht gesucht, noch nicht gefunden;
Der du dich schenst, auf neuer Bahn
Vorwärts zu ziehn mit starkem Schritte —
Blick auf, blick auf aus deinem Bahn
Und sieh ein großes Leuchten nah'n;
Ein Stern leuchtet über deiner Hütte.

Die blinde Einsamkeit hat uns nicht
Das neue Kleid der Zeit gewoben;
Die schene Demut hat uns nicht
Erweckt und stolz emporgehoben.
Erlaucht würste, frohe Tat,
Tatk sie den alten Bahn verschüttet,
Und herrlich sprach die neue Saat
Im neuen Licht zu Frucht und Mahd.
Der Stern steht über jeder Hütte.

Zu lange hat dein müder Sinn
An alte Träume sich gefestet:
Als wachse fern von dir die Kraft,
Die dich erlöst, die dich errichtet.
Als sei der Hoffnung letzter Schluss
Die schene, demutsvolle Blüte
Des Sünders, der vom Neubeginn
Brotsamen sich erbetteln muß
Und feiernd holt in dunkler Hütte.

Weug nicht das Haupt so tief, so tief,
Wenn in dir lastet die Beschwerde,
Als wirkt letzte Übersicht
Nur unten aus der schwarzen Erde.
Als sei es erst der Tod, der Tod,
Der um ein neues Leben stritte,
Als ende erst am Grab die Not,
Vor einem Stern, der dich umloht,
Wenn sie dich tragen aus der Hütte.

Dem inn'ren Auge soll ihn sehn,
Den eine junge Zeit gegeißelt,
Der uns in Kampf und Sturmewehn
Das Friedensfest der Zukunft ländet.
Es leue seiner Strahlen Schein
Der armen Werker schärfen Schritte;
Es bringe wunderbar und rein
Erlösend in die Seelen ein
Und mache hell die letzte Hütte. G. p

Ein großes, gutes Stück Brot.

(Weihnachtsbetrachtung.)

Im vorigen Jahre las man in der Arbeiterpresse die folgende Notiz:

Ein Lehrer in Konstanz am Bodensee ersuchte seine Schüler, auf einen Zettel zu schreiben, welche Weihnachtswünsche sie hätten. Der Sohn eines Fuhrmännchens, der noch sieben Geschwister hat, schrieb auf den Zettel: „Ein großes, gutes Stück Brot.“

Es ist nicht gut möglich, den trassen Widerjung, der sich in dem offiziellen Dekretieren unserer Gegner verbirgt, kürzer und charakteristischer zu kennzeichnen. Der arme, hungrige Fuhrmännchensjunge hat gewiß nur einem ziemlich mächtigen Drange Ausdruck gegeben, aber er hat unbewußt eine packende Satire geschrieben — eine Satire auf die sogenannte christliche Weltordnung, die sich so gern mit feierlichen Worten brüstet und daneben Kindern hungern läßt.

Weit über den kleinen Kreis seines Urhebers hinaus hat jener Weihnachtswunsch Bedeutung, hat es besonders heute, da die sinkende Konjunktur immer größer werden den Arbeiterscharen das Brot vom Munde fort nimmt und das Gespenst der wirtschaftlichen Krise seine Schatten wirft.

„Ein großes, gutes Stück Brot!“ Dieser Wunsch, der heute auf Tausenden ungeschriebener Wunschzettel brennt, soll und muß seine auflagende Stimme erheben, um der salbungsvollen Feierlichkeit einer sich christlich nennenden Gesellschaft die rauhe Alltagswirklichkeit entgegenzustellen, die alles andre denn festlich ist. Die „bewährte“ Methode, tiefschende Mängel und Schäden der gegenwärtigen Gesellschaftsorganisation mit Lied und Glitter zu überleben, darf keinen Eingang finden in die heutende Arbeiterschaft, die immer und überall nur das Ziel haben kann: der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Denn nur sie kann die Augen der geistig Blinden öffnen, die das moderne Evangelium der Erlösung noch nicht begriffen haben. Und namentlich jene, denen dies Evangelium im Gegensatz zu ihrem religiösen Empfinden zu stehen scheint, sollten die Ohren öffnen vor den Flüchen und Verwünschungen, die heiter laut und massenhaft aus den „industriellen

Reservearmee“ empordringen und diese „christliche“ Welt anklagen, daß ihr Bekenntnis zu den milden Lehren des Nazareners in der Praxis eine widerige Heuchelei ist. Zu einem Schmuckstück für Feiertage sind jene Ideale geworden; täglich und ständig wird dies Festtagsgewand beschmutzt von kapitalistischer Gier und Brutalität, die den Teufel nach Nächstenliebe und menschlichen Rücksichten fragt.

Es ist das große und wahrhaft westgeschichtliche Verdienst der modernen Arbeiterschaft, daß sie den Raubtiercharakter des Kapitals seiner ideologischen Hülle und Schleier entkleidet hat. Dass sie nicht zurückgeschreckt ist vor der schmerzhaften Operation, alte, liebgewordene und tief eingewurzelte Vorurteile und Scheintrüstungen auszurotten, die dem Lohnslaven — nicht nur diesem — den Horizont verengten und seiner leiblichen und geistigen Befreiung entgegengewirken. Und zu diesen Vorurteilen gehört die Annahme, die von unseren Gegnern mit Vorbedacht genährt wird, das Christentum sei an die gegenwärtige Gesellschaftsordnung gebunden. In Wahrheit hat es sich zu allen Zeiten den verschiedensten Staats- und Wirtschaftsformen angepaßt. Innerlich hat es darum auch mit dem heutigen kapitalistischen Zustande gar nichts zu schaffen. Wenn Christus heute lebte, dann säße er ganz gewiß nicht im Vorstande des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und auch nicht auf den Bänken der Hospitäler; er würde sich ganz gewiß nicht als Vorsitzender des Bundes der Landarbeiter mikbrauchen lassen und dem Volle das Brot verteilen. Trotzdem sehen wir den kapitalistischen Wolf — und besonders an den Feiertagen — immer wieder im Schafkleide einhergehen, müssen wir immer wieder bemerken, wie gut es die Herren der Materie verstanden haben, sich mit den Sachwaltern der Seele zu versöhnen — und umgekehrt. Eine Ablehnung gegen das Kapital wird zu einer Ablehnung gegen den heiligen Geist gestempelt. Erst neulich konnte man lesen, daß sogar den zahmen christlichen Gewerkschaften der „echte Geist des Christentums“ abgesprochen wurde, weil ein Teil von ihnen das gelegentliche Zusammengehen mit den freien Gewerkschaften befürwortete. Der „echt christliche Geist“ besteht nach kapitalistischer Aussäzung eben in der bedingungslosen Unterwerfung — und wenn ein überzeugter Christ sich

„ein großes, gutes Stück Brot“ wünscht, dann ist er ein Gottverdammter Sünder!

Es ist schwer, keine Satire zu schreiben. Ist es nicht traurig und jammervoll, daß es noch immer Taufenfehde von Schaffenden gibt, welche die durchsichtigen Spinngewebe dieser christlich-kapitalistisch-unchristlichen Heuchelei nicht zu zerreißen wagen? Die immer noch nicht sehen, daß die moderne Arbeiterschaft nicht gegen die Religion, sondern gegen ihren Missbrauch zu arbeiterfeindlichen Zwecken kämpft?

Jeder Tag zeigt, wie bitter notwendig eine festgeschlossene Arbeiterschaft ist. Das größte Problem der Gegenwart, auch den Arbeitslosen ihr „großes, gutes Stück Brot“ zu sichern, heißt gebieterisch seine Lösung. Diese Aufgabe birgt ein gewaltiges Stück „praktisches Christentum“ in sich. Da sollte man meinen, der christliche Staat und seine Verteidiger griffen mit beiden Händen zu, hier ihr Christentum zu beweisen. Was aber sehen wir? Kalte Abneigung, Erwägungen über Erwägungen, sophistische Klügeleien, Verdächtigungen der Arbeiter oder ein laues Herumstreichen um die Frage nach dem Grundsatz: „Wasch' mir den Pelz, aber mach' ihn nicht naß.“ Richtig ein festes, frisches Zugreifen!

Oder doch nur bei den Vertretern der ausgestränten Arbeiterschaft, die selbstverständlich geschlossen und energetisch hinter jener Forderung stehen.

Wo also sind die praktischen Christen? Sie kommen aus jenem viel gelästerten und verleumdeten Lager, das von 1891 bis zur Gegenwart rund 70 Millionen Mark an die Arbeitslosen der freien Gewerkschaften zahlte. „Ein großes, gutes Stück Brot!“ Die Weihnachtsbeschwerung der herrschenden Christen aber besteht in der Verherrlichung von Ausnahmegeschenken gegen die aufstrebende Arbeiterschaft!

Sähen die geistig Blinden unter den Schaffenden die Wahrheit und Wirklichkeit — heilige Freude müßte sie in unsre Reihen führen!

Aber dann siehen die Herrschenden auf, rollen die Augen und zücken den Finger auf uns: „Gottlose Sozialdemokraten!“

Da seien noch zwei kleine Hinweise erlaubt: Im Februar d. J. wurde in Wien bekanntlich der sozialdemokratische Abgeordnete Schuhmeier von einem sozialisierten „christlich-sozialen“ Arbeiter ermordet. Nicht

im Streit, nicht in der Eslase, sondern meuchlings. Die unglückliche Frau des Ermordeten aber schreibt ein Gnadengebet — für den Mörder, und es ist ihr auch gelungen, ihn vom Strange zu retten.

Wie nennt man das?

Unchristlich! . . .

Zum August starb unser August Bebel, der vielbekämpfte „Atheist und Sozialdemokrat“. Von ihm jagte der Schweizer Pfarrer Untermeister in Feuerthalen in einer Predigt: „Ungezähmte lieben ihn . . . weil sein ganzes Leben den Armen und Entvölkern geweiht war und er wie selten einer vor ihm das Gebot: „Liebe deinen Nächsten!“ praktisch betätigt hat. Wohl war sein Glaubensbekenntnis nicht das unfrige; daran kommt es aber gar nicht an. Er hatte den Glauben an das Gute im Menschen und war stets bestrebt, dem Guten zum Durchbruch zu verhelfen. Und darin liegt die höchste und schönste Ver-tätigung christlicher Glaubenslehren.“

Und dieser weiße Rabe unter seinen schwarzen Kollegen, der Pastor Untermeister, forderte wahrhaftig seine christliche Gemeinde auf, dem Sozialdemokraten August Bebel nachzustreben, um dadurch am ehesten dem christlichen Ideal werktätiger Menschen- und Nächstenliebe nachzukommen!

Das ist uns gewiß aus dem Herzen geschrieben. Wo aber spricht — es wäre ein passendes Weihnachts-thema — ein reichsdemokratischer Pfarrer so?

Man wird uns wieder ganz andre Dinge an den Kopf werfen, wird wieder um die große und wahrhaft heiligste Ausgabe herumgehen, der August Bebel und Schuhmeier ihr Leben widmeten und in deren Dienst heute glücklicherweise Millionen schaffender Menschen innere Befriedigung und erhöhtes Leben finden.

Es ist die Aufgabe, die der arme Konstanzer Führerdruckzettel mit fünf knappen Worten auf seinen weihnachtlichen Wunschzettel schrieb, und die auch wir uns im weitesten Sinne als Weihnachtswunsch für alle Darbenden zu eignen machen:

Ein großes, gutes Stück Brod!

Das bedrohte Koalitionsrecht.

Schutz der Arbeitswilligen, Recht des Streitposseiten, Haftbarmachung der gewerkschaftlichen Verbände für wirtschaftliche Schädigungen, so soll es wieder in verhältnismäßiger Nähe aus den Lagern der Scharfmacher und tagtäglich werden diese Herzenschwäche der Unternehmer in ihrer Freizeit verkündet. Daß die Konser-vativen bei diesem Vorgehen nicht fehlen werden, steht für jeden fest, der diese fanatischen und struppellosen Erzrevolutionäre in ihrem Bestreben und Handeln beobachtet. Auch der Reichskanzler nahm am 10. Dezember im Reichstage die Gelegenheit wahr, über den „Schutz der Arbeitswilligen“ zu sprechen und hat seinen

reactionären Gesinnungsgegnern allerlei Konzessionen gemacht. Ein Ausnahmegesetz lehnt er ab, weil die Koalitionen die naturnotwendige Folge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung sind. Aber — den „Auswüchsen“ müsse energisch entgegengetreten werden und diese kommen nach Ansicht aller Scharfmacher nur in den Arbeiterorganisationen vor. Wenn dann bei der gesetzlichen Bescheidung dieser „Auswüchse“ der Patient zu Grunde geht, so wird es den Aerzten sicherlich auch nicht leid tun. Der Kanzler stellte entsprechende Änderungen im Strafrecht in Aussicht, sich aber durchblicken, daß ihm lieber wäre, wenn den Organisationen die Rechtsfähigkeit als Berufsvereine und damit die finanzielle Haftung für Streik- und Boykott-schäden aufgezwungen werden könnte. Die Konsequenzen hieraus werden sich die Arbeiterorganisationen schon denken können; daß es hier auf die finanzielle Zugrunderichtung abgesehen ist, tritt klar zu Tage. — Auch darüber ließ der Reichskanzler keinen Zweifel, daß die Regierung dem Drängen der konser-vativen und sonstigen Scharfmacher Folge geben wird, sobald sie annehmen kann, daß im Reichstage eine Mehrheit sich für diese Pläne findet. Weitgehende Vorarbeiten seien bereits getroffen, Materialien gesammelt.

Diese Ausführungen des Reichskanzlers zeigen der gesamten Arbeiterschaft deutlich, welche Gefahren ihr von dem bestehenden reactionären Regime drohen.

Nicht mit Unrecht weist demgegenüber die „Frankf. Ztg.“ in Anbetracht dieses Zweideutigen darauf hin, daß die Weiterblidenden unter den Scharfmachern unter Parität nur einen bloßen Trug verstehen: ein materiell lediglich gegen die Arbeiter wirkendes Gesetz, aber im Rahmen der abgelebten Strafgesetze. „Weshalb“, fragt das Blatt weiter, „muß dann überhaupt die Frage des Arbeitswillenschutzes von der Regierung zum Gegenstand einer gesetzgeberischen Aktion gemacht werden?“ Der Reichskanzler verzweifelt darauf, daß die Bewegung für eine Verschärfung der Strafgesetze an Umfang zugenommen habe. Darauf aber, daß in der letzten Zeit eine sehr lebhafte Gegenbewegung eingesehzt hat, und daß gerade die, die man angeblich schützen will, sich diesen Schutz sehr energisch verbieten haben, ist er nicht eingegangen. Warum muß denn auf eine Bewegung der Unternehmer immer sehr viel mehr Rücksicht genommen werden als auf die Proteste der Arbeiter, denen hier alle entschiedenen Sozialpolitiker zur Seite stehen? Zum vorigen Winter noch lehnte die Regierung ein Vorgehen in der Sache ab und sie begnügte sich mit dem Hinweis auf die bevorstehende Strafrechtsreform; jetzt wird schon eine Denkschrift angekündigt, und von der Zurückweisung einer Sonderaktion ist keine Rede mehr. Und diese Schwankung vollzieht die Regierung, weil ein paar reactionäre Kongresse Lärm gemacht haben, und unbestimmt um den sehr viel wichtigeren und begründeteren Widerdruck darter, die es in erster Linie angeht.“

Wenn auch die Ausarbeitung eines Zuchthausgesetzes offiziell noch bestreitet wird, die Arbeiter mögen sich nicht täuschen lassen, daß Zuchthausgesetz marschiert und die wütige Feinde gegen die Arbeiter auf Grund des berüchtigten Scharfmachermaterials wird nicht nachlassen. Da kommt denn zur rechten Zeit noch der Artikel eines Mannes, der wohl als Kenner der Verhältnisse angesprochen werden kann und nicht im Arbeiter-, sondern im Unternehmerlager steht. Es ist der Direktor Dr. Schomerus der Zeitwelt in Jena, der unter

dem Titel „Der Schutz der Arbeitswilligen in der Industrie“ in der „Frankf. Ztg.“ schreibt:

„Liegen wirklich genügend Gründe vor, noch mehr unserer Volksgenossen noch länger in die Gefängnisse zu bringen? Nun doch ist es eine außällige Tatsache, daß nicht die Arbeiter, die arbeitslosen Gewerkschaften stehen und deren Druck ausgesetzt sein sollen, nach verschärftem staatlichem Schutz rufen; im Gegenteil, sowohl die christlichen Gewerkschaften wie die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und die liberalen Arbeiter- und Angestelltenvereine protestieren lebhaft gegen die vorgeeschlagene besondere Beschützung durch Staat und Polizei; sie wollen nichts davon wissen und behaupten, daß die bestehenden Gesetze sie ausreichend schützen und sind gewillt, gegen eventuellen Druck und Zwang, der außerhalb des strafrechtlichen Schutzes liegt, sich aus eigener Kraft selbst zu wehren. Die Arbeiter im Streit sind vielmehr die Beauftragten der Unternehmerverbände, die selbst vielleicht organisiert sind, den Wert des beruflichen Zusammenschlusses kennen und gar nicht zu zimplisch mit denen umzugehen pflegen, die ein bürgerliches Leben dem Gebundensein vorziehen. Sie, die die geschlossene Macht des Unternehmertums gegen die zusammengefasste Arbeiterschaft zu führen und zu senken haben, sie, die die wenigen Unabhängigen gegen die Masse der Abhängigen vertreten, sie, die Mächtigen sind es, die nach weiteren Fällen und Streiken rufen, in denen sie die kleinen Leute bei ihrem organisierten Vorwärtsdrängen fangen wollen. Sollte diese Tatsache die Offenheit nicht vornehmlich stützig machen und zur Vorsicht mahnen? Weshalb wird einseitig nur der vermehrte Schutz der nichtorganisierten Arbeiter, weshalb auch nicht der Schutz der unorganisierten, nicht kartellierten Unternehmer, der unorganisierten Arbeiter, Bahnärzte usw. verlangt? Weshalb wird nicht der Schutz derjenigen Arbeitsswilligen gefordert, die durch schwarze Listen und gegen seitige Verständigung der Arbeitgeber von den Werken, von Arbeit und Broterwerb gehalten werden? Wollen wirklich öffentliche Meinung und Gesetzgebung auf das Geschrei einiger Interessenten hereinfallen und sich einreden lassen, daß einzig und allein gegen die Abhängigen etwas zu unternehmen nötig sei? Will man sich mit einer Klassenpolitik übertumpeln lassen, die von neuem die einzelnen Volkschichten gegeneinander aufbringt und den langsam beginnenden Gesundungsprozeß in unserm Volke auf das gefährlichste stört?“

Dr. Schomerus, der zum Schlus hervorhebt, daß vom Standpunkt der Industrie an die gesetzgebenden Körperchaften die Forderung zu stellen ist: „Hände weg!“ bei der Arbeiterschaft, daß sich heraus Schäden zu heilen und verbessерbedürftige Verkehrsgewohnheiten selber zu reformieren“, bestätigt hier, daß nicht die angeblich terroristischen Arbeiter nach vermehrtem Schutz rufen, sondern die Scharfmacher, die mit ihrem Geschrei alles andre, nur nicht einen besonderen Schutz der persönlichen Ehre ihrer Lieblinge beweisen. Denn die persönliche Ehre oder das besondere Wohlbefinden ihrer Hünke-Gardisten ist den Schreien nach einem Zuchthausgesetz höchst gleichgültig; sie alle hüten sich, mit diesen Elementen in nähere Verührung zu kommen. Was sie anstreben, ist nicht ein

Weihnachtsgedanken.

Von einem arbeitslosen Kollegen.

Wie das Zuchthausbild draußen in der Natur, in See und Feld, sich nach der Verhasstheit der Jahreszeit rückt, sich verändert und neu gestaltet, so wird auch das Strafgericht von den Strömungen und Gejagten der Menschen beherrscht. Die Stimmung der Menschen hat wiederum ihre Ursachen in den Bedürfnissen seelischer sowie körperlicher Art. Ob die Bedürfnisse des einzelnen Individuums bestreift werden lassen, hängt von den bestehenden Verhältnissen im Gesellschaftsleben ab.

Wenn man von Stimmungen spricht, denkt man unwillkürlich zu Eintrübe schlechter Art. Selbstverständlich fehlt diese Eintrübe nicht vor einer unzählbaren Zahl der, jenseits werden bestimmt von den die Menschen umgebenden äußeren Verhältnissen. Je mehr die Menschen in die Geheimnisse der Autarkie eingetaucht sind, um so geringer wird ihr Hang an überflüssigen Dingen. Die Vernunft sagt zuletzt über geheimnisvolle Dinge, die nur darum geheim sind, weil die Menschen nicht erkennen: und. Die Weihnachtszeit ist ja ebenso Geheimnisvolle jedes einzelnen: also ginge die Erinnerung an den sozialen Empfunden her vor. Das ist natürlich, also zur Unzufriedenheit der Gesellschaft wird die Zeit, wenn die Gesamtheit materialisch davon beeinflußt wird.

Sehen wir uns einmal in kurzen Zügen das Weihnachtsfest an, woß das ist, daß wir Menschen mit seinen Gedanken in den Jahren der Weisheit verloren. Unsere Vorfahren hielten Jesus Jesu, um die Sonne damit zu retten, ein Christus und Menschenopfer zugleich. Es war diese Vergangenheit nicht von jeher so. Gottseligkeit und zeit seines ängstlichen Notwendigkeiten eines kleinen Geburtskinds brachte. Die Sonne war, da die Menschen Menschen waren unter den primitivsten Verhältnissen lebten, zu ihrer Tugend, zur Erhaltung ihres kleinen Christus erzeugt. Wie, Speise und Trank, wurde der Mensch als Menschen werden; dann kommt Jesus, der zu Frieden und Gerechtigkeit an einem Ort die Menschen bestreitend gegen die Toten, dann war auch die Erde der Menschen weiterzudenken. Wenn Jesus und seine über Herrlichkeit angekündigt hatten, dann war auch der Frieden bestreitend, die Friede widerstanden. Dies war nicht zum Leben der Menschen nötig war, sonst war Gott leer. Da die Sonne Lebenslement ist, so sind Menschen im Geistesgegenwart der Natur zu und die Menschen den gegenwärtigen Einschlag der Zukunftsfähigkeit sowie die eigene Sorgerei hatten, da die Erinnerung der Sonne leicht begreiflich. Wenn dann endlich der Tag der Erinnerung heraustritt, schreien die Menschen, die sieben Lebensstunden ge-

bührend zu empfangen. Als Symbole dieser Verehrung wurden Holzneuer entschafft; später entstand der Brauch, Zinnenebäume zu schmücken und mit brennenden Kerzen zu verzieren. Die Menschen in ihrer Unwissenheit glaubten sich damit die Gunst der Sonne zu erwerben; sie verglichen die Sonne mit einem Wesen, das strafen und belohnen kann. Hier leben wir den Ursprung der mythischen Gedanken und Handlung.

Im Laufe der Jahrhunderte entwickelte sich das Weihnachtsfest zu etwas ganz anderem. Aus dem ehemals heidnischen Brauch verstandene Priester und Schriftgelehrte einen neuen Mythus zu bilden, sie gaben dem Fest einen religiösen kirchlichen Charakter. Noch später zeigten sich die Gebräuche, die armen Volksgenossen an dem Weihnachtsfest mit Geschenken zu bedenken. Wir wissen, daß sich im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung sehr vieles verändert hat; so ist es auch dem Weihnachtsfest engangen. Die Kirche hat sich auch hier wiederum als Erhalter alter Ideen bewährt. Das Weihnachtsfest ist heute nichts mehr und nichts weniger, als ein Fest — der Kirche.

Hat denn überhaupt die Kirche eine Berechtigung, dieses Fest als „Fest der Liebe“ der Versöhnung zu feiern und dasselbe mit der göttlichen Idee in Verbindung zu bringen?

Die heutige Kirche ist nicht mehr das, was die Kirche des Mittelalters war. Diese hatte vorzüglich die Auflage, die Armut zu lindern. Zu damaliger Zeit gab es auch eine Missionar — allerdings aus andern Ursachen wie heute. Die Kirche erfüllte hier ihren Zweck, indem sie die Opfer der Gesellschaftszusammenhänge mit Lebensmitteln verhalf und für Verschöpfung sorgte. Heute hat der Staat der Kirche die Armutshilfe abgenommen. Die Kirche erfüllt nur lediglich die Aufgabe, die Gemüter der Gottesgläubigen zu stärken und ihnen an geschilderten Festtagen den Kanzel herab den Segen der „gottgewollten Wirtschaftsordnung“ zu predigen.

Das Weihnachtsfest, ehemals heidnischer Brauch, dienst heute dazu, die Menschen vom Gedanken der tatsächlichen Verhältnisse abzulenken. Aber wie die Entwicklung über alle menschlichen Schönen und Vorurteile erhaben ist, wird sie auch dafür sorgen, daß dieses Fest der Weihnacht seines mythischen Schleiers entkleidet wird. Die Tatsache, daß dieses Fest nur ein Fest für die Reichen ist, ist wohl kaum abzuleugnen, noch zu verleugnen. Jeder Tag erzählt uns von den Klassengegensätzen; jeder Schritt auf die Straße, an dem festlich erleuchteten und mit den feinsten Geschenkartikeln ausgestatteten Schmieden vorüber, bringt uns die Tatsachen direkt auf. Wenn wir uns dann in die Wirklichkeit hineinsetzen, dann sehen, daß unzählige fleißige Hände um geringen Lohn, bei langer Arbeitszeit, all die Dinge, die so verdeckt und glänzend aussiehen, machen, vielleicht auch besser denken, daß zarte Kinder-

hände in engen Stuben, in denen die Familie speist, schlafen, in denen sich alle häusliche Tätigkeit von der Geburt bis zum Tode abspielt, all die für Menschenäugen verdeckten Sachen herstellen, dann ist von der festlichen Weihnachtsstimmung wohl keine Rede mehr, dann tönen nicht mehr Friedensschlämme an unser Ohr, sondern das Lied lodert in unserem Herzen auf. Das gezeigt die Gesellschaft, die zuläßt, daß schon das Leben des Kindes vergessen wird, indem es schaffen muß, damit es nicht zu Hungern bricht. Ganze Industrien gibt es, die zu ihrer Hilfe Kinder als Arbeitskräfte benutzen. Die Spiel- und Luxuswaren aus Holz, Ton und Kork werden unter der Mitarbeit von zarten Kinderhänden hergestellt. In andern Zweigen der Weihnachtsgeschenke, zum Beispiel der Webereiwaren usw., sind die Frauen und Mädchen tätig. In langer Arbeitszeit, schlechter Bezahlung, frönen die Männer in den Fabriken, während die Kinder sich selbst überlassen bleiben.

Für wen nun wird alles dieses geschaffen, wer hat die Aufmerksamkeit von dieser Weihnachtsaktivität? In erster Linie sind es die Betriebsinhaber der Fabriken. Diese stelen den Profit ein, der durch die Arbeitsleistung erzeugt ist. Dann sind es die Händler, die diese Waren dem Publikum verkaufen. Diese haben ihren Hauptgeschäftszweig zur Weihnachtszeit. Überall sehen wir jowit, daß die Besitzer der Waren die Träger des Profits sind; sie betrachten das „Fest der Liebe“ mit den Augen der nach Verdienst jagenden Menschen. Der verhöhnde Charakter des Festes liegt bei ihnen, wenn der Absatz der Produkte gedrängten Verdienst gebracht hat. Das ist weiter nicht verwunderlich; in einer Gesellschaft, in der alle Produkte dazu geschaffen werden, um wenigen ein angenehmes Leben zu ermöglichen, muß jeder Anlaß zu diesem Zwecke dienen. Damit ist auch dem Weihnachtsfest der versöhnende Zauber genommen; es ist eine willkommene Bereicherung der Geschäftleute und weiter nichts.

Schon dieses muß der Arbeiterschaft genügen, ihrem Nachwuchs jegliche Illusion über das Weihnachtsfest auszureden. Der Arme, der Arbeitslose, braucht mit seinem Kinde nur durch die im Weihnachtsrausch strahlenden Straßen zu gehen, ihm zu sagen, daß alles, was es an Glanz sieht, wohl für die Kinder der Besitzenden geschaffen ist; weil wir aber arm sind, müssen wir auf den Besitz der lästigen Sachen verzichten. Dazu wird auch die alte Wissit, das Märchen vom Weihnachtsmann, schon dem Kinde klar, wenn es seinen Wünsche nicht erfüllt sieht.

Wozu sollen wir noch Illusionen nähren? Für uns kommt Weihnachten nur jowit in Betracht, daß wir einige Tage nicht unter dem Foch des Unternehmertums schaffen. Das Gelassen des Hungers, das Gelassen der Ausbeutung begleitet uns immerfort. Je eher der Mensch das weiß, um so besser für ihn.

Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen, sondern ein Gesetz zur Anebung der Gewerkschaften, damit der Arbeiterschaft die Durchführung wirtschaftlicher Kämpfe unmöglich gemacht werde. Jedes Aufwärtsstreben der Arbeiter ist dem Ausbeutertum in tiefer Seele verhaft, es kann keine kulturell aufsteigende Arbeiterklasse gebrauchen. Es will wilerlose Arbeitsscheine, denn das Unternehmertum getrost den Fuss in den Händen schenken kann. Und dieses vollsehnliche Treiben findet die Unterstützung der Regierung!

An der Arbeiterschaft liegt es nun, den Kampf mit aller Energie aufzunehmen und mit aller Fahigkeit durchzuführen. Es geht um ein Grundrecht der Arbeiterklasse, um das Recht der Koalition. Sieb auf der Hut!

Aus den Tarifämtern.

Ist die Androhung sofortiger Entlassung eines Hilfs bei Zu widerhandlungen gegen den Tarifvertrag zulässig?

Diese Frage hat das Ortsamt Hamburg (9. Oktober) bejaht, gleichzeitig aber ausgesprochen, daß es im Interesse des gegenseitigen guten Einvernehmens höchst wünschenswert sei, wenn die Androhung unverbleibe.

Dem Fall lag folgender Sachverhalt zugrunde. Die Firma C. A. M. ging ein Blatt in ihrer Werkstätte aus, das den § 7 Absatz 4 Abs. 1 des Reichstarifvertrages (Agitation auf den Arbeitsstellen) wiedergab, und hatte daran den Satz gestellt: „Auf widerhandlungen haben die sofortige Entlassung zur Folge.“

Unsre Kollegen machten gegen diese Maßnahme geltend, daß bei Übertretungen des Tarifs durch eine Organisation oder deren einzelne Mitglieder nach § 9 Absatz 2 des Reichstarifvertrages zunächst die Tarifinstanzen anzurufen seien, und bevor diese nicht gesprochen hätten, dürften „Bau-, Werkstatt- und Ortsverren, Streiks, Aussperungen oder ähnliche einseitige Maßnahmen jeglicher Art“ nicht stattfinden. Tatsächlich hat man auch an verschiedenen Orten unsre Kollegen es als Tarifverstoß oder Tarifbruch angerechnet, wenn sie, bei Übertretungen des Tarifvertrages durch ihren Arbeitgeber, anstatt die Tarifinstanzen anzuwenden, die Arbeit niedersetzten oder dies in Aussicht stellten. Das Ortsamt Hamburg ist, wie oben schon festgestellt, anderer Ansicht und begründete diese wie folgt:

Das Ortsamt meint, daß ein Arbeitgeber einen Gehilfen, der sich gegen den Tarif vergeht, entlassen kann und daß solche Entlassung nicht gegen den Tarif, insbesondere nicht gegen § 9 verstößt. Den etwaigen Maßnahmen des Ortsamtes und der Verbände wird dadurch nicht vorgegriffen. Es kann dem Arbeitgeber nicht zugemutet werden, einen solchen Gehilfen zu behalten. § 9 Absatz 2 oder Absatz 5 des Tarifs kommen dabei nicht in Frage. All das gilt entsprechend für einen Arbeitnehmer, dessen Arbeitgeber ihm gegenüber den Tarif verletzt.

Ist die Entlassung zulässig, kann ihre Androhung nicht unzulässig sein. Immerhin fördert sie das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht und bleibt besser fort.

Die Entscheidung wurde einstimmig gefällt.

Sehen wir uns doch diesen an, die sich der Landstraße anvertrauen. Sind es nicht auch Geschäft, die nach göttlichem Ebenbild erschaffen? Waren es nicht alle einmal lachende Kinder, die leuchtenden Auges sich auf die Weihnachtszeit freuten? Und heute? Qualende Angst im verschüchterten Blick irren sie umher, froh, ein Stückchen Brod zu bekommen, auch vielleicht die Genugtuung, im Heu oder Strohschober die kalten Nächte aubringen zu dürfen. Wer möchte bei diesem Elend noch vom Frieden des Erden noch von der versöhnenden Idee der Weihnachtszeit sprechen? Aber die christliche Gesellschaft sorgt ja für das Elend: Arbeitshäuser, Gefängnisse und Zuchthäuser gibt es genügend. Darin bringt man alle diejenigen unter, die nicht „verstanden“, von der „Gelegenheit, die jedem geboten“ ist, ehrbares Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu werden, Gebrauch zu machen. Die ganze Weisheit der bürgerlichen Welt er schöpfst sich ja darin, zu streben nach „sicherer Existenz“, womöglich auch nach „Reichtum“. Aber die das Unglück haben, weiter nichts als ihre Arbeitskraft darzubieten, und älter werden, ohne besitzend an Geld zu sein, sehen sich der Gefahr aus, mit den „Staatspensionen“ Belanntschaft zu schließen.

Also zur Weihnachtszeit gibt es sobiel Anlaß, über die Widerständen der bestehenden Zustände nachzudenken und zu der Einsicht zu gelangen, daß es unmoralisch ist, daß wenige Menschen nur darum über ihre Mitmenschen herrschen, weil sie Besitzer von Produktionsmitteln sind, daß sehr einfältige Menschen dazu gehören, um versöhnt zu sein, wenn sie ein Tannenbaumchen mit brennenden Kerzen erleuchtet sehen. Damit fängt die bürgerliche Gesellschaft an zu denksaule Menschen, denen die Erkenntnis fehlt, daß sie unrecht tun, sich als Stofflage benutzen zu lassen. Von Gefahrvor gängen in unserem Innern, die zur Verfolgung führen könnten, darf auch beim Glanze der Weihnachtskerzen keine Rede sein. Solange nicht jedem unter Menschen die Möglichkeit gegeben ist, an den Genüssen des Lebens teilzunehmen, kann von dem verjährenden Gedanken göttlicher Ideen keine Rede sein. Solange die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen besteht, solange der Hunger und das Elend herrschen, solange muß auch die Idee des Klassenkampfes verbreitet werden. Nicht eher kann es Friede auf Erden geben, bis aus der kapitalistischen eine sozialistische Gesellschafts- und Produktionsweise geworden ist. Dazu wird die Entwicklung beitragen. Doch wir dürfen unterdessen nicht müzia sein, sondern wir müssen in unserer Organisationen Gebilde schaffen, die die Menschheit auf diese Zeit vorbereiten, sie erziehen.

Dann steht die Weihnacht der Menschheit; dann ist die Menschheit verloht.

Die Erwerbstätigkeit der Frau im Lackiererberuf.

Die Verwendung der weiblichen Arbeitskraft hat innerhalb des heutigen Erwerbslebens bedeutende Fortschritte gemacht. Einerlei, ob im Handel, in der Industrie oder in handwerksmäßigen Betrieben, die Zahl der Arbeiterinnen ist bedeutend gestiegen. Die Gründe hierfür sind klar genug: die billige Arbeitskraft, die Bedürfnislosigkeit derselben, der noch nicht ausgeprägte Organisationsgedanke lassen den Arbeitgebern die Verwendung der weiblichen Proletarier äußerst vorteilhaft erscheinen. Hinzu kommt noch, daß sehr viele dieser Klassengenossen in völliger Verlernung des Ganges der wirtschaftlichen Entwicklung die gewerbliche Beschäftigung nur als Durchgangsstadium bis zum Eintritt in die Ehe betrachten.

Auch im Lackiererberufe hat die Verwendung der weiblichen Arbeitskraft immer mehr und mehr — wenn auch nicht so sprunghaft wie in andern Erwerbszweigen — an Ausdehnung gewonnen. Nach der Statistik des Verbandsvorstandes vom Jahre 1910, die sich über das ganze Reich erstreckte, betrug die Zahl der Lackiererinnen, bei einer Gesamtzahl von 18 409 statistisch Erfassten, nur 50 Proz. Eine immerhin verhältnismäßig geringe Zahl; aber dem aufmerksamen Beobachter und Kenner des wirtschaftlichen Lebens tritt die Ablösung der männlichen Arbeitskraft durch die der weiblichen dennoch auffälliger in die Erziehung, als der Prozentsatz der angezogenen Statistik es widerspiegelt. Unter Auscheidung derjenigen Betriebe, in denen, wenigstens vorläufig, die Verwendung der weiblichen Arbeitskraft keinen Eingang gefunden hat, verändert sich das Bild im wesentlichen Umfang. Eine unter dieser Verstärkung leicht hin aufgenommene Statistik der Filiale Berlin ergab, daß in den erwähnten Betrieben circa 59 Proz. der im Lackiererberufe beschäftigten auf die weibliche Arbeitskraft entfielen.

Eine detaillierte Übersicht ergibt sich aus folgenden Zahlen:

Betriebe	Anzahl der Betriebe	Anzahl der insgesamt Beschäftigten	Anzahl der weiblichen Arbeitskräfte
Elektrotechn. Industrie . .	4	282	50
Optische Anstalten, Feinmechanik .	5	115	65
Handwerksmäßige Betriebe	2	25	15
Mühmaschinen-Industrie	1	28	8
Summa . .	12	248	147

Hierdurch ist ohne Weiteres die Tatsache gegeben, daß die weibliche Arbeitskraft in gewerblicher und wirtschaftlicher Hinsicht zu einem Faktor geworden ist, dem die Beachtung nicht ohne weiteres versagt werden darf. Massiniert ausgeschlagene Arbeitsteilung im Bunde mit der mechanischen Arbeitsleistung durch die Spritzmaschine hat die Industrie mit Leichtigkeit in den Stand gebracht, die ehemals bestandenen Schwierigkeiten bei der Verwendung von Arbeiterinnen aus dem Wege zu räumen. In der Aufstellung rubrikt die Elektro-Industrie erst an zweiter Stelle mit ihren weiblichen Berufsgenossen. Dieses ist nur dem Umstände beizumessen, daß ein Großbetrieb in dieser Fabrikation nicht statistisch erfaßt werden konnte, während die anderen in Frage stehenden Betriebe fast restlos in der Aufnahme aufgehen. Die uns genannte Zahl von 80 Berufsgenossinnen den gegebenen Zahlen zugezählt, läßt in Wirklichkeit diese Gruppe relativ an der Spitze marschieren. Prozentual hat die weibliche Arbeitskraft mit über 50 Proz. der Beschäftigten in der Optischen Anstalten und der damit verbundenen Feinmechanik und dem Apparatebau Eingang gefunden. Zählt man noch die in Kleinbetrieben Beschäftigten hinzu, da die Kleinmeister nur als Zwischenmeister in Frage kommen, so ergibt sich noch ein wesentlich höherer Prozentsatz. In der Räumlichkeitenfabrikation hat die Verwendung von Berufsgenossinnen nur in einem Betriebe — allerdings schon mit einer nennenswerten Anzahl — Eingang gefunden. In der Hauptfassade ist dies dem Umstande bezumessen, daß in dieser Fabrikation die Spritzmaschine bisher noch keine Verwendung gefunden hat.

Die weibliche Arbeitskraft hat sich demnach bereits schon heute einen ziemlich umfangreichen Wirkungskreis eröffnet. Gebiete sind hineinbezogen, von denen man es früher kaum für möglich gehalten hätte. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Lackiererinnen erst in den letzten Jahren zu diesem entschieden und in der Optischen Industrie zu dem ausschlaggebenden Faktor geworden sind. Auch in der Automobilindustrie war man neuerdings dazu übergegangen, Arbeiterinnen in das Gebiet der Wagenschärferei aufzunehmen. Es blieb allerdings nur bei dem Versuch, die Arbeiterinnen zeigten sich dieser schweren körperlichen Arbeit nicht gewachsen. Es steht aber ohne weiteres fest, daß mit den jetzigen Grenzen die Verwendungsmöglichkeit der weiblichen Arbeitsleistung durchaus noch nicht als abgeschlossen zu gelten hat. Dafür sorgt schon die ständig fortschreitende Technik und das bekannte Streben der Fabrikanten nach möglichst billiger Produktion. Gegengründe sitztlicher, wirtschaftlicher oder gar hygienischer Art läßt der Kreis entwickelte Geschäftsführer in dieser Großindustriellen nicht gelten. Und in der Tat, der Unterschied in finanzieller Hinsicht ist groß genug, um die Verwendung von Arbeiterinnen schon jetzt als äußerst begehrenswert erscheinen zu lassen. Während der durchschnittliche Einstellungslohn der in Frage stehenden Betriebe bei den männlichen Arbeitern noch 50 Pf. bei den Hilfsarbeitern 41 Pf. pro Stunde beträgt, reduziert er sich bei den Lackiererinnen auf 28 Pf. und bei deren Hilfsarbeiterinnen auf 24 Pf. Stundenlohnrate. Wie es in der Natur der Sache liegt, sind die Löhne in den einzelnen Betrieben den größten Schwankungen unterworfen. Von 75 Pf. Stundenlohn als Höchstgrenze der Männer, Lackierer und Anstreicher bis zu 42 Pf. pro Stunde herunter, und bei den Hilfsarbeitern von 62 Pf. bis zu einem Mindeststundenlohnrate von 40 Pf. bewegen sich die Differenzen. Der Einstellungslohn der Lackiererinnen liegt in der Kurve von 21 Pf.

und 25 Pf., der für Hilfsarbeiterinnen im allgemeinen ist fast derselbe, 32 bzw. 25 Pf. Einem Betrieb, und zwar unter den handwerksmäßigen Betrieben, blieb es vorbehalten, den Einstellungslohn auf 20 Pf. zu bemessen. Bei dem verhältnismäßig großen Umfang, der der Altkordarbeit in diesen Produktionszweigen vorbehaltet ist, ist der Durchschnittsverdienst naturgemäß ein weit höherer. Namenslich bei den Arbeiterinnen kann die Altkordarbeit mit 79 Proz. gegenüber den männlichen Arbeitern mit nur 59 Proz. als ein ziemlich hoher Satz bezeichnet werden. Nach unseren Auszeichnungen betrug der durchschnittliche Wochenverdienst — unter Berücksichtigung der Arbeitszeiten — für die männlichen Berufsgenossen 38 Pf. pro Woche und für die Arbeiterinnen 21 Pf.

Nach allem bedarf es keiner weiteren Beweisführung, daß diese Differenzen in dem Produktionsprozeß einen großen Anreiz für die weitere Ausdehnung der weiblichen Arbeitskraft bilden. Auf Grund unserer Weltanschauung dürfen wir über jeden Verdacht, den Proletarierinnen aus kleineren Konkurrenzgründen den Weg zum Verdienst und damit zu einer unabhängigen Stellung zu verlegen, erhoben sein. Wenn wir dennoch gegen die umfangreiche Beschäftigung der Frau im Lackiererberufe unsre Bedenken verlauten lassen, so geschieht es aus volkswirtschaftlichen und hygienischen Gründen.

Es steht außer jedem Zweifel, daß das Maler- und Lackierergerber in gesundheitlicher Hinsicht hohe Anforderungen an jeden einzelnen stellt. Die Erkrankungsziffern allein von den Berufskrankheiten (Bllevergiftung und die damit in enger Beziehung stehenden Erkrankungsbarten, als: Magen- und Darmkatarrh, Herz- und Nierenleiden, und nicht in letzter Linie Nervenkrankheiten) geben hierüber eine allzu deutliche und zugleich traurige Auskunft. Der tägliche Umgang mit den giftigen Farben, mit Terpentin und was noch weit gesundheitsschädlicher ist, den sog. Erbstoffen für Terpentin und Firnis, den technischen Laden in der Industrie, Japon- und Spiritusläden usw., begründet dies. Es dürfte wohl nicht zuviel gesagt sein, wenn wir betonen, daß es wohl fast kein Material geben dürfe, welches in bedeutsamer Weise innerhalb des Berufes Verwendung findet und nicht gesundheitsschädlich auf den menschlichen Organismus einwirkt.

Das Resultat über die Verwendung dieser Materialien in der Industrie geben wir in nachstehender Übersicht zusammenge stellt wieder:

Betriebe	Terpentin- und Firnis-Erst	Japon-Bad	Spiritus-Lack
Betriebe, welche weibliche Personen, 98	50	64	

Die Schädlichkeit der Verwendung der Terpentin- und Japon-Gleichbedeutend ist, der Firnisersatzmittel ist schon wiederholte eingehend an der Hand von einwandfreiem Material an dieser Stelle beweist worden, so daß eine Verweisführung hierüber sich erübrigten dürfte. Wir begnügen uns deshalb mit der Feststellung der Beschwerden, die den Arbeitern aus der Verwendung derselben erwachsen: Schwindelanfälle, stechende Kopfschmerzen, Druck in der Magengegend und Unwohlsein, die noch lange nach Schluß der Arbeitsszeit fortbestehen. Nicht minder gesundheitsschädlich ist die Verarbeitung der Japon- und Spirituslacke. Die Frage der Gesundheitsschädlichkeit der Japonlacke ist um so Gravierender noch zu wenig beachtet, so daß sich hierüber noch kein abschließendes Urteil fällen läßt. Aber immerhin kann man nach den Beobachtungen, die wir anstellen konnten, schon jetzt als feststehend erachten: der widerlich-süße Geruch ist auf die Dauer unerträglich und löst Beschwerden aus, die sich vornehmlich in Kopfschmerzen und Übelkeit zeigen und noch lange nach der Arbeitseendigung vorhalten. Die Spirituslacke sind meistens durch denaturierten Spiritus hergestellt. Als Denaturierungsmittel kommen vorwiegend Pyridin oder Methylalkohol in Frage.

Die Zentralkommission der Bergoldber berichtet in der Broschüre „Die hygienischen Zustände in den Bergoldbetrieben“, welche im Verlage des Deutschen Holzarbeiterverbandes 1912 erschienen ist:

Der durchdringende, scharfe Geruch des verfließenden Spiritus erfüllt den ganzen Raum und der Dunst kann manigfaltige Beschwerden bei den Arbeitern hervorrufen; insbesondere durch die giftigen Eigenschaften der Denaturierungsmittel: Pyridin und Methylalkohol. Die Giftigkeit des letzteren ist durch die schweren Vergiftungsfälle von Besuchern des Berliner Oddaehosenfests im Dezember 1911 und den sich daraus ergebenden Prozessen auch weiteren Kreisen bekannt geworden. Nach der vom Internationalen Arbeitsamt herausgegebenen Giftiliste wirkt der Methylalkohol durch Aufnahme in die Verdauungsorgane, Berührung mit der Hand und Einatmen der Dünste. Die Vergiftungsscheinungen sind: Reizung zum Erbrechen, Kopfschmerz, Ohrensausen, Hustenschwäche, Schlafrigkeit, Delirien, Alkennol, zwischen auch Betäubungen, Entzündung des Rachen und der Schleimhaut der Luftwege, bis zu den feinsten Bronchialverzweigungen. Selbst der Tod kann infolge Atmungslähmung eintreten. Ferner können Augenbindehautentzündung und schwere Erkrankungen der Sehzelle und der Sehnen, selbst Erblindung entstehen. Bei dauernder Einwirkung des Giftes kann auch Zelltdegeneration der Leber eintreten.

Über die gesundheitsschädlichen Wirkungen des Pyridins entnehmen wir denselben Quelle:

Pyridin wirkt gleichfalls durch Einatmung und durch Eindringen in die Haut und äußert sich in Katarethen der Schleimhäute, Heiserkeit, Krähenfüßen und Würgen im Halse, Kopfschmerz, Schwindelgefühl, Erstickung und Jucken in den Gliedern, Erkrankung der Atmung und konvulsive Zuckungen; ferner in Ausschlägen an der Haut.

Die ohnehin verhältnismäßig hohen Kranken- und Sterbeziffern würden zweifellos noch bedeutend höher sein, wenn nicht die Arbeiter — vorwiegend durch die Auflösungsarbeit der Organisation — die Gefährlichkeit derselben erkannt haben und sich durch dementsprechende Schutz- oder Vorbeugungsmaßregeln zu schützen wissen.

Die fast meistens den weiblichen Arbeitskräften ab. Ein männlicher Arbeiter ist schon allein durch die vorbereitende Zeit, auf den sachgemäßen Umgang mit den neuen Materialien vorbereitet. Auch die Kapitalisten manuellen Arbeitskräfte in der Industrie dürfen dazu das Zusammenarbeiten mit den gelernten Verfertigungen bedeutend leichter über die sie umgebenden erfahren zu informieren sein, als die meisten teils verständig heimischen weiblichen Arbeitskräfte.

Hier wären bereits daran hin, daß die Frauen und Männer fast jedes für den Organisationsgedanken zu gewinnen sind. Diese Abweichung wird noch unterstellt durch die mit leidenschaftlichem Willen betriebene Agitation namentlich bei den Arbeiterinnen der Großbetriebe zugunsten der gelben Farbvereine. Die Arbeiterinnen sind deshalb fast von jedem Bericht mit ihren männlichen Mitgenossen abgeschnitten. Dieses muß natürlich auch ungünstig auf die gesundheitlichen Gehalts, die der Lackierkunst einwirkt. Den die durchaus minimalen Schuhvorschriften, wenn nicht die überwachende Tätigkeit der Gewerkschaftsorganisationen sie zu ihrem Rechte verhilft.

Die enge Verbindung der Arbeiter und Arbeiterinnen des Lackierberufs mit den einzelnen Farben, Lacken, ätherischen Delen usw., die sehr wesentlich zu den unangreifbaren Anwendungsscheinungen mit beiträgt, wird noch durch die Spritzmaschine erhöht. Spritzmaschinen wurden jetzt gezeigt, die im überwiegendem Umfang von den weiblichen Beschäftigten bedient wurden. Die unerhöhligen Zustände aus der Nähe der Spritzmaschine her vorliegende Farbe zerstört sich in sehr seine Röte und schwärzt die Luftröhren den einzelnen seinen Farb- oder Lackteilen, weil mehr als dies bei handverlängiger Zeit der Fall sein würde. Da an der Spritzmaschine Beschäftigte und die in denselben Raumne Arbeitenden müssen natürlich diese giftigen Substanzen einnehmen, wodurch die Zugang zu dem Organismus veranlaßt wird. Wenn wir auch schließen können, daß nur im Ausnahmefällen Bleiweiß Gegenstand der mechanischen Bearbeitung war, so ist aber dennoch hervorzuheben, daß die meisten bearbeiteten Sellen Emaille und ziemlich hochgradige Bleiweiß enthalten und demgemäß die Gefahr der Bleivergiftung durchaus als gegeben zu erachten ist. Zumindest die Ausnahme des Bleies bedeutet für den weiblichen Organismus eine sehr schwere gesundheitliche Schädigung. Es ist eine kaum mehr zu definierende Tatsache, daß die Kleiderwaren die weibliche Fortpflanzungsaktivität sehr eindringen und damit daneben Siedlung den in Frage kommenden Personenkreis überantworten. Verbalnämlich sehr viele Arbeitnehmer sind nach den Untersuchungen der Sachverständigen bei den Arbeiterinnen, die mit Bleiprodukten in Berührung kommen, eine aussichtige Erkrankung. In den industriellen Betrieben steht sich ebenfalls ein Spritzapparat an den andern, mitunter sechs bis acht, unter Umständen sind noch mehr in einem Raum vereinigt, so daß in diesen Räumen eine kaum mehr zu ertragende Atmosphäre herrscht. Tritt noch hinzu, daß in der Nähe die Lackierer ausgekehrt sind, so werden durch die Wärme die flüchtigen Dämpfe einer noch intensiveren Verdunstung teil. Es liegt auf der Hand, daß die ohnehin schlechten Luftverhältnisse hierdurch noch eine weitere Verschlechterung erfahren. Hinzu kommt noch, daß die Arbeiterinnen bei dem Spritzverfahren in einem engen Raum sitzen, wodurch sie fast jeder Zufuhr von frischer Luft beraubt sind. Freien Raum und die Ablösung von Schmutz meistens nichts ändern. Mit diesen Abhängigkeiten ist es überhaupt eine eigenartige Sache. Die Klagen über mangelhaftes Ablösungswollen damals nicht, trotz verschiedener Maßnahmen, in freier Zusammenfassung der Arbeiter verschwunden. In den Werkstätten der Kleiderwerke — in denen aus schon die Spritzmaschine bestreift — versteckt sich dieser Zustand durch die engen Raumverhältnisse noch bedenklich, was durch die hohen Risiken der Großstadt bedingt ist.

In dem bereits angeführten Heer der Beschäftigten stellt sich bei den Beschäftigten im Automobilbetrieb oder überhaupt in den Motorfaktorien, tatsächlich noch Automatismus. Die enge Verbindung mit dem Fahrer bei dem Fahrzeug, welches mindestens noch im Kreis oder in nicht zugänglichen Schuppen eingesetzt wird, begründet dieses zur Sache. Diese Strenge zeigt sich um so deutlicher und jährlicher, wenn infolge der Spezialisierung der Arbeit die Vermögensgenossen, was nunmehr wieder bei der Großfabrik in die Entwicklung tritt, möglichst nur mit dem Fahrzeug arbeiten. Werden nun Arbeiterinnen, wie es in der Tat jetzt der Fall war, zu diesem Arbeitsprozeß bestimmt, müssen dieselben infolge der ganzen Fortbewegung des Fahrzeugs bedeutend mehr unterdrückt werden, als sie es bei ihren sonstigen Tätigkeiten der Fall ist. Ein noch der Umwandlung, daß nur fast täglich beschäftigt werden, ist infolge des mangelhaften Umlaufes des Fahrzeugs nicht die Arbeit auf den ganzen Tag im Fahrer stehen müssen, so lange für jeden unverzüglich der Fahrer das Fahrzeug nicht befähigt werden kann. Zu dem kommt noch, daß das angekündigte Fahrzeug einer Fortbewegung gleichkommt, der viele andere Arbeiter auf die Fahrt nicht gewohnt ist. So ist in einem Betriebe nach die Errichtung des Fahrzeuges nicht in der gleichen Weise vor sich gehen, und wie vor als Erziehung gelten, gehört dieses Fahrzeug nicht zu den Fahrerinnen, ist ein weiteres Argument für die Verbesserung der Fahrzeugbedingungen gegeben. Der weitaus größte Bereich findet dann am Fahrzeug und so das Fahrer schnell anfängt, und wird als eines der wesentlichen Voraussetzungen angesehen. Die Fahrzeugbedingungen der Fahrzeuge für den weiblichen Fahrer haben wir bereits im allgemeinen besprochen.

Nur wollen nun auf diese zweite weibliche Branche eingehen. Diese, die sich mit Kleideren beschäftigen kann, sowohl mit Schuhe als Kleidern, welche nicht nur Schuhe beschaffen, sondern auch Kleider für Kinder. Sie bestehen aus verschiedenen Betrieben im Kaufhausgewerbe und darüber hinaus aus dem Handel mit Kleidern, da die Branche die Kleiderhandlung überdeckt. Die Kleiderhandlung ist jedoch nicht sehr groß. Die Kleiderhandlung ist jedoch nicht sehr groß.

Beschäftigten der Handelsabteilung heißt die Verarbeitung bleihaltiger Farben nach Ansicht der Unternehmer untersucht. Zu die Einsicht der Großindustriellen zu appellieren, hieße die ganze Situation verlieren. Wollten die Unternehmer etwas im Interesse der Arbeiterinnen unternehmen, so wäre schon längst der geeignete Zeitpunkt gekommen gewesen, um wenigstens die Waschpauen allgemein durchzuführen und eine Verkürzung der Arbeitszeit Platz greifen zu lassen. Nur in sechs Betrieben mit insgesamt 87 weiblichen Beschäftigten wurden Waschpauen zu Frühstück, Mittag und vor Arbeitsabschluß mit in einem Betriebe nur zu beiden genannten Zeiten gewährt. Fast die Hälfte der Beschäftigten ist deshalb nicht in der Lage, sich ordnungsgemäß reinigen zu können, ganz abgesehen davon, daß auch noch in diesen Betrieben die Waschereinrichtungen sehr vieles zu wünschen übrig lassen.

Hier kann nur ein Gangreisen der gesetzgebenden Körperschaften kennzeichnen.

Zunächst wäre, was wir schon so oft für die Kreise der männlichen Berufsgenossen forderten, auch hier zu verlangen:

Verbot der Verarbeitung des Bleiweißes und der Terpentin- und Firnisessenzstoffe, daneben noch besonders für die Industrie reichsgesetzliche Ausschaltung der gesundheitsschädlichen Lade, ausreichende Waschgelegenheit und Gewährung hinreichender Waschpauen, überwachende ärztliche Kontrolle für die an den Spritzmaschinen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Zukunft müßte es allerdings noch überlassen bleiben, in dieser Richtung noch weitere Maßnahmen zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der im Maler- und Lackierberufe beschäftigten Personen zu ergreifen. Dr. Alsch.

Aus außerhalb Berlin.

Wie die Arbeitslosigkeit von der Militärbehörde eingehalten wird, darüber berichtet man uns aus Wilhelmshaven: Wenn man sieht, wie allenhalben, in der Presse, in den Kommunalverwaltungen, im Reichstage usw., die Frage der Arbeitslosenfürsorge besprochen wird, so muß man sich über die Weitverbreitung der Militärbehörde in dieser Frage geradezu wundern. So wird augenscheinlich in dem Regierungsbüro der 2. Kriegsdivision ein großer Teil Malerarbeiten ausgetragen; wenn man nun aber glaubt, daß zur Ausführung dieser Arbeiten die Malermeister aufgerufen werden, um durch diese wiederum einen Teil der in großer Zahl arbeitenden Malergehilfen zu beschäftigen, ist das ein falscher Irrtum. Zur Ausführung dieser Arbeiten werden Soldaten gewonnen. Man zahlt diesen sogar für ihre Tätigkeit im Interesse des Vaterlandes die Summe 3 Pf. Lohn, für den allerdings Malergehilfen nicht zu bekommen sind.

Es muß da nun die Frage aufgeworfen werden: Sind die Monarchien eingestellt, um dem Gewerbe Konkurrenz zu machen oder werden sie zur regelmäßigen Ausbildung einzogen? Wenn es möglich ist, den Deutschen die Ausbildung in längster Zeit zu bringen, so sollte man die Dienstzeit verkürzen. Augenscheinlich ist das nicht möglich; es besteht hier ein slassender Widerspruch, den auszufüllen jedoch dringend verlangt werden muss. Man sieht hieraus wiederum, wozu die deutschen Bürger und Arbeiter gut genug sind; man kennt sich nicht, von ihnen die Steuern zu verlangen in einer Zeit, wo das Scherze herunterfällt, aber für Arbeit wird keine Sorge getragen. Und angeblich solcher Tatsachen behauptet man immer, es sei Arbeit zur Genüge da, wenn die Menschen nur arbeiten wollen.

Schiffbauarbeiter. Zumal jetzt werden die Schiffbauarbeiter hier in Berlin, man sollte es kaum glauben, daß zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Angebot eine Differenz von 100 Proz. liegt. Und das von Möglichkeit des Arbeitsmarktes! Mit lassen die Preise folgen, die 17 jüngste Meister für die Herstellung unserer Malerarbeiten am Inselschiffbau des neuen Kanalbahns abgegeben haben: Paul Lange 365,20 M., Franz Böhm 387, D. Weißer 363,89, Ernst Förster 350,94, Max Hagen 329,78, J. H. Hammer 335,85, Oskar Bongart 316,9, Paul Helm 316,5, Paul Götzner 367,94, Paul Groß 324,19, W. Schöpfer 366,94, Georg Denzel 332,50, Max Robert 332,74, Paul Müller 325,85, Max Böck 316,55, Walter & Henkel 427,75, Max Groß 256,20 M. — Wie das niedrigste Angebot übersteigt das höchste Angebot um 289. — Yet: kann es noch toller kommen.

NR. 61. Haben sich alle Tarifvereinigungen der Arbeitgeber beteiligt: Paul Müller, Drägergruppenvorsteher; Paul Helm, Kellu. Vorsitzender des Drägergruppen; J. H. Hammer, Niemann; Paul Groß, Weißer, früher Drägergruppenvorsteher, Drägergruppenvorsteher, jetzt Ehrenvorsitzender der Drägergruppe; Max Robert, Bongart, Schöpfer, Vorsitzender der Drägergruppe Böck.

Dräger. Den Kunden will es gar nicht mehr so recht aus der Hand geben. Die Nachfrage steht dort in hoher Stütze, das zeigt schon der Rückgang von 25 zugehörigen Mitgliedern in diesem Jahr. Nun kommt auch noch dazu, daß man den ersten Verhandlungspartner, nämlich einen der ehemaligen Führer der Verhandlung, wegen allzugroßer Feindseligkeit der gesuchten "Rechnungsstelle" ausgeschlossen hat. Er hatte ja in den Kopf gelegt, den neuen Verband zu repräsentieren, Rücksichtungen einzurichten, und konnte sich in Südbaden mit den Neugewählten in den Höfen zeigen haben, der die Einhaltung von Verhandlungen den ehemaligen Drägergruppen überlassen will und dabei auf die Bevorzugung der militärischen Stützpunkten bestrebt sei. Die Rechnungsstelle darf nun im Namen jahrgenommen, um dann diefe die nicht von verhängigen Erbfolgerungen getragen seien: im Schätzchen auf den alten Betrieb gibt es zwischen 20 Jahre und 2000, dann aber im Schätzchen. Das ist aber zu einem Schaden auch nach der Aufstellung einer zentralen Kommission bei jedem betrieblichen Bereich und Vorsitzender des Maler-Steigungs-

vereins, auch ein eifriger Förderer der Verspaltung, ist nicht abhanden gekommen und soll dabei auch einige mitgenommen haben, auf daß er keinen rechtmäßigen Anspruch hat, so daß seine Gesangvereinsfreunde ihm die "bürgerliche Justiz" auf die Herzen gehegt haben.

Aus Unternehmerkreisen.

Streikversicherung der Unternehmer. Von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wurde am 12. Dezember in Berlin eine Zentrale der deutschen Arbeitgeberverbände für Streikversicherung gegründet. Der neuen Organisation treten sofort Verbände und Entschädigungsgeellschaften mit einer Gesamtlohnsumme von 704 Millionen Mark und einer Arbeiterszahl von 675 000 bei. Als Vorsitzender dieser neuen Koalition wurde Fabrikbesitzer Garvens-Hannover bestimmt, die Geschäftsführung wurde dem Syndikus Dr. Lanzler übertragen.

Heute konkurriert für — Ehrendienster. In den Berliner Handwerkern ist des öfteren gegen die Wirtschaft in den Vorständen der Zwangsinnungen protestiert worden. Es wurde vielfach darauf hingewiesen, daß Mitglieder der Vorstände zu hohe Vergütungen für ihre Tätigkeit, die eigentlich eine ehrenamtliche sein soll, bezogenen. Unzulänglich von Statutenänderungen, die vor kurzem bei mehreren Innungen notwendig geworden waren, haben die beteiligten Kreise darauf gedrängt, die Höhe der Vergütung herabzudrücken. In Einzelfällen haben sie sich direkt an den Polizeipräsidienten gewendet mit dem Ergebnis, daß in dem neuen Tarifentwurf vorgesehene Vergütung für Obermeister ihrer Höhe wegen nicht zu genehmigen. In einem Falle ist ein beträchtliches Gelde bereits vom Erfolg gewesen. Die Badische Zwangsinnung in Berlin hatte für ihren Obermeister nicht genehmigt von jährlich 4500 M. aufzuwenden. Nun hat der Polizeipräsidient dem Innungsvorstand mitgeteilt, daß er die neuen Statuten die jenseits außerordentlich hohen Vergütungen wegen nicht genehmigen könne und anstrengt, die Vergütung auf 3000 M. zu ermäßigen. Das sei die höchste Summe, die als zulässig erachtet werden könnte. Für die zu leistende Arbeit natürlich eine noch viel zu hohe Summe. Daraufhin hat der Innungsvorstand eine Kommission gewählt, die bei dem Polizeipräsidienten eine Kürzungsdurchsuche nachzuhören sollte, um ihn zur Ausgabe seines Standpunktes zu veranlassen. Als Gegenaktion haben aber zahlreiche mit dieser hohen Entschädigung an den Obermeister nicht einverstanden. Innungsglieder ihrerseits eine Eingabe an den Polizeipräsidienten gerichtet und ihm darin gebeten, an seinem Bescheid festzuhalten. Auf diese Eingabe ist dem Abzweig jetzt mitgeteilt worden, daß der Polizeipräsidient auf seinem Standpunkte dem Innungsvorstand gegenüber beharrt.

Welches Lamento wird gerade aus den fünfzehn Kreisen gegen die Gehälter der in den Arbeiterorganisationen Angestellten erhoben, die täglich ein verhältnismäßig hohe Arbeit zu erledigen haben und im Durchschnitt noch lange nicht einmal als höchstmögliche erhalten, was hier bei Innungen als zulässige "ehrenamtliche" Vergütung für die so geringfügige Arbeit eines Obermeisters erachtet wird.

Handwerkliches.

Verhandlungen bei Post und Eisenbahnen. Der große Umsatz der Arbeitslosigkeit hat die städtischen Kollegien in Fürrich veranlaßt, Arbeiten auszuführen zu lassen, die zum Teil erst später notwendig geworden waren. Die Bauarbeiternebenen wollen nun in der nächsten Zeit den Arbeitern erst recht ihre wichtigste Verantwortung abnehmen und behaupten das selbst auf Arbeitern aus, die die Stadt zu ihrem Zweck eingesetzte. Arbeitsschaffung zu bewirken. Um der Willkür der Unternehmer im Ausuchen von Arbeitern zu begegnen, sind Verhandlungen über die Einstellung bei Post und Eisenbahnen beschlossen, die wie folgt laufen:

Van den bei ihm seit mindestens einem Jahr dauernd beschäftigten Arbeitern darf der Unternehmer aus jener Länge bei städtischen Dienstleuten beschäftigen, die in Fürrich heimatherrig sind oder mehrere Jahre in Fürrich wohnen. Bei Beginn des Krieges hat der Unternehmer ein Verzeichnis dieser Arbeit, aus dem Name, Art der Beschäftigung, Heimatort, Wohnort, Angabe ob ledig oder verheiratet und Datum des Eintritts zu erkennen sind, dem Bauamt vorzulegen. Die Zahl der Arbeiter, die besondere Qualifikation zur Ausführung bestimmter Arbeiten benötigen müssen und die nicht aus den in Absatz 1 bezeichneten Personen entnommen werden können, hat der Unternehmer dem Bauamt mitzuteilen. Die Arbeiter, zu denen solche Personen erforderlich sind, sind zu bezeichnen. Aufwands des Bauamts die Einhaltung jahrlang beschäftigter Arbeitern zu erkennen, aber außerhalb ist durch Verhinderung des städtischen Arbeitsamtes geeignete Arbeitskräfte zu liefern, ist der Unternehmer zur beliebigen Einstellung berechtigt. Alle übrigen Arbeiter hat der Unternehmer ausdrücklich durch das Arbeitsamt zu beziehen, und zwar darstet, daß er die Ausübung seiner Tätigkeit dort vorgenommenen Arbeitern ohne Mühe auf die Dauer der Arbeitslosigkeit treffen kann. Diese Arbeitern sind nach dem zur Zeit geltenden Tarif zu entlohen; jedoch dürfen nur in Fürrich heimatherrig oder jetz mindestens einem Jahre dort wohnende Personen eingesetzt werden. Auch soll der Unternehmer, jenen tatsächl. Personen berücksichtigen, die infolge lang dauernder Arbeitslosigkeit der Beobachtung einer Arbeitsgelegenheit bringend bedürftig sind. Beleidungen des Bauamts müssen beachtet werden. Zur Einstellung von Arbeitern irgendeiner Kategorie in die Einwilligung des Bauamts erforderlich. Der Unternehmer hat ein Verzeichnis der bei ihm beschäftigten Arbeiter mit den eben erwähnten Angaben und der an die Arbeiter bezahlten Löhne der Bauleitung zur Einziehung jederzeit vorzulegen.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Eine Weihnachtsgabe für die Arbeitslosen Berlins. Ein Anbericht der besonderen Notlage, in der sich in Berlin Ende siebziger Arbeiter befinden, haben die Vertreter der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei Berlins beschlossen, den Arbeitslosen und deren Kindern eine Weihnachtsgabe zu bereiten. Von "Born", der Gewerkschaftskommission, der sozialdemokratischen Partei Berlins, der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend, sowie von einer Anzahl Ortsverwaltungen der Zentralverbände sind zirka 100 000 M. gezeichnet worden. Auch Sammler sind herausgegeben worden.

Ein Kulturdocument.

Wie blutige Ironie klingt eine „Bekanntmachung an die Bevölkerung Westfalens“, die der Landeshauptmann von Westfalen in der ganzen Provinz durch Anschlag verbreiten läßt und an deren Verbreitung auch Behörden in der Rheinprovinz sich beteiligen. Die Bekanntmachung verdient wirklich Verbreitung, weshalb sie hier wiedergegeben sei. (Die schweren Sätze sind in dem Original durch große Zeilen besonders hervorgehoben):

Gebt keinen Almosen mehr an ortsfremde Wanderer.

Bettelnde Wanderer müssen ein für allemal an die Polizei oder Gemeindebehörde verwiesen werden.

Rat braucht kein arbeitswilliger

Wanderer mehr zu leiden.

Die von der Provinz eingerichteten Wanderarbeitsstätten gewähren jedem arbeitslosen Wanderer gegen angemessene Arbeitsleistung unentgeltliche Versorgung und Unterhalt. Soweit irgend möglich, wird in den Wanderarbeitsstätten auch unentgeltlich Arbeit nachgewiesen. Der Wanderarbeiter und die Landstreicher werden aufgehören, wenn die Bevölkerung alle ortsfremden Wanderer abweist, weil für sie durch die Wanderarbeitsstätten gesorgt wird. Wer ihnen Almosen gibt, übt falsches und andre schädigendes Mitleid und verleiht zum Landstreichen und Betteln.“

Inhalt und Geist dieser Bekanntmachung wirken in einer Zeit der zunehmenden Arbeitslosigkeit besonders „wohnend“. Kann man sich angesichts des Massenelends, daß die Arbeitslosigkeit in den Großstädten des Reiches im Gefolge hat und das die Arbeitslosen zu Tausenden auf die Landstraße treibt — als „ortsfremde Wanderer“ — eine aufrüttelnde Sprache denken, als diese Bekanntmachung?

Die Arbeiterverschwendungen und Lohnabzüge im Bergbau. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hat sich, da in letzter Zeit auf zahlreichen Reichen sowohl Arbeiterentlassungen wie Lohnkürzungen vorgenommen wurden, veranlaßt, dem Vorstand des Reichenverbandes in Essen eine Eingabe zu unterbreiten. In dieser Eingabe drückt der Vorstand des Bergarbeiterverbandes sein Erstaunen darüber aus, daß Entlassungen vorkommen, trotzdem bis in die jüngste Zeit hinein in den Reichenverwaltungen nahezu bestehenden Zeitungen über Arbeitermangel gestagt wurde und so der Zugang von Arbeitern und damit das Überangebot an Arbeitskräften gefürchtet werde. Trotzdem im letzten Vierteljahr 1912 schon ein Rückgang des Kohlen- und Salzabbaus zu konstatieren war, wurden immer mehr Leute eingestellt. Dies beweisen folgende Ziffern:

	Arbeiter		Arbeiter
1. Quart. 1912	372 050	1. Quart. 1913	404 757
2. Quart. 1912	379 255	2. Quart. 1913	406 863
3. Quart. 1912	381 746	3. Quart. 1913	409 073

Auch jetzt noch werden, obgleich schon Feierlichkeiten eingelebt, noch übersichtlich verfahren. Der Vorstand des Reichenverbandes wird deshalb erneut seinen Einfluß auf die Reichenverwaltungen dahin auszuüben, daß sie „Keine Arbeit entlassen“ vornehmen, sondern, wenn es die Konjunkturlage absolut gebietet, allgemein Feierlichkeiten einzulegen.

Es wird weiter auf die alte Forderung der Bergarbeiter, den Schulfundtag, hingewiesen. Die Lohnverschwendungen werden als eine unbegründete Maßregel hingestellt und wird bewiesen, daß keinerlei Auskunft dazu vorliegen kann.

Nachdem auf die Steigerung der Kohlenpreise und die Lebensmittelsteuerung hingewiesen ist, wird in der Eingabe betont, daß den Werkbesitzern die moralische Verpflichtung erwächst, den unter den Tertiusverhältnissen leidenden Arbeiterfamilien einen den geistigen Lebensmittelpreisen angepaßten Lohn zu zahlen. Statt dessen werden die Löhne noch reduziert.

Am Schlus der Eingabe heißt es:

„Wir dürfen wohl annehmen, daß der Vorstand des Reichenverbandes nicht anantwortet, er habe keinen Einfluss auf die Gestaltung der Arbeiterverhältnisse der einzelnen Reichen. Nach den Vorgängen in den letzten Jahren darf das Gegenteil als erwiesen gelten. Zum Überflug erklärte in einer Volkszeitung gegen die „Bergarbeiter-Zeitung“ die Deutsche Bergwerkszeitung am 26. September 1913, daß Kohlenhändler befasse sich nicht mit Arbeiterangelegenheiten, dagegen hätten sie im „Reichenverband“ „die rheinisch-westfälischen Bergwerke zur Wahrung gemeinsamer Interessen in Arbeiterfragen zusammengefunden“. Der betreffende Artikel stammt überaus offensichtlich aus dem Pressekreis des Reichenverbandes. Somit hat der Reichenverband selbst seine Legitimation zu dem von dem Unterzeichnerten vorgeschlagenen Eingreifen zugunsten der Bergarbeiter auszumachen. Wir wünschen, daß dies Eingreifen abschlägig erfolgt und zeichnet.“

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands

J. A. Sachse.“

Der englische Gewerkschaftsbund gegen den Generalstreik. Der infolge des großen Dubliner Kampfes einberufene außerordentliche englische Gewerkschaftstag lehnte es mit 2228 000 gegen 203 000 Stimmen ab, zur Unterstützung der Dubliner Aufständigen in einen Generalstreik einzutreten. Weiter wurde trotz starker Proteste Lacuna, des Führers der Dubliner Aufständigen, eine Resolution angenommen, in der befürwortet wird, mit den Unternehmern wegen Frieden-

aufnahme der Verhandlungen in Beziehungen zu treten. Auf dem Kongress kam es mitunter zu stürmischen Szenen, in denen sich die Delegierten in scharfer Weise gegen Lacuna wandten.

Arbeiterversicherung.

Die Forderungen der Aerzte im Lichte der Statistik.

Die Aerzte benutzen bekanntlich die Einführung der Reichsversicherungsordnung zur Stellung von Forderungen an die Krankenkassen, die geradezu haunenrerend und einfach unerfüllbar sind. Ihnen ist die ganze Krankenversicherung nicht sympathisch und da diese nun doch nicht ganzlich aus der Welt geschafft werden kann, suchen sie den Kreis der Krankenfürsorge, speziell der ärztlichen Behandlung, unterliegenden Personen, nach Möglichkeit einzuschränken. Die freiwilligen Mitglieder sollen zunächst überhaupt keine ärztliche Behandlung erhalten, die Familienfürsorge soll unterbleiben usw. Da ist es denn einmal angebracht, zu untersuchen, ob die Aerzte zu diesem antisozialen Verhalten ein Recht haben. Nach der Statistik hat seither das Verhältnis der Krankenkassen zu den Aerzten folgende Entwicklung genommen:

	1885	1900	1911
Aerzte insgesamt	15764	27374	33527
Ausgaben der Kassen f. ärztliche Behandlung in Mark	9060945	34326996	83754224
Pro Arzt (nicht nur Kassenarzt) entfiel durchschnittl. Einnahmen aus der Kassenpraxis in Mark	575	1254	2500
Das pro Mitglied zu zahlende Arzthonorar betrug durchschnittlich in Mark	2.15	9.60	6.16
Auf jeden Arzt entfielen Kassenmitglieder	272	375	404

Weihnacht?

Vom hohen Turme klingt wie Hohm
Der Weihnachtsglocke helles Ton,
Und während sie von Freuden spricht,
Da schlägt mit hohlem Angesicht
Sich durch die Gassen, grau und schwer,
Der Arbeitslosen hungernd Heer.

Und dunkel wird's, kalt naht die Nacht.
„Was hat das Christkind mir gebracht?“
Mit heißen Wangen fragt's die Schar,
Der Sehnsuchtsvoll das Herzchen war.
Doch keinen Trost die Mutter weist,
Ein Schluchzen nur, versiecht und leis.

Dann hat sie, das Herz noch gramgequält,
Doch lächelnd Ihnen ein Märchen erzählt.
Und wie die Schar gelauchet hat,
Dicht ahnend der Mutter tapfere Tat,
Fühlte, eins nach dem andern, der Schlaf sie
In sein barnherziges, goldenes Reich. Welch
Und heim kommt der Vater mit müdem Schritt,
Er bringt nicht Trost und Hoffnung mit.
Aus den Ecken aber, hohläufig, blaß,
Trillt des Hungers Gepein ins dunkle Geläß;
Ein eißiger Wind an den Fenstern sang,
Ja, Weihnacht war's und die Glocke klang!

Hans Wurmbaum.

Zunächst ist zu erkennen, daß sich die Zahl der Aerzte in dem etwa 25jährigen Zeitraum mehr als verdoppelt hat. Die Bevölkerung des Reichs stieg inzwischen von 47 auf 65½ Millionen Köpfe, also bei weitem nicht in gleichem Maße. Diese weit über den Bedarf hinausgehende Vermehrung der Aerzte, die sich aber fast nur in den Großstädten bemerkbar macht, hat die wirtschaftliche Bedrängnis der Aerzte in jenen Städten verschärft. Die Krankenkassen haben ihre Pflichten den Aerzten gegenüber in überreichem Maße erfüllt. Das Arzthonorar der Aerzte hat sich in dem angegebenen Zeitraum, also seit Durchführung der Krankenversicherung, vervielfacht. Das auf den einzelnen Arzt (nicht deren Vermehrung) entfallende Kassenarzthonorar hat sich fast vervielfacht. Von 1900 auf 1911 hat sich dieses Einkommen genau verdoppelt. In dieser Zeit hat sich die auf einen Arzt entfallende Kassenmitgliederzahl nur wenig (von 275 auf 406) vermehrt. Ein Beweis dafür, daß die Erhöhung des Arzthonorars vorwiegend auf bessere Bezahlung der einzelnen Leistungen der Aerzte zurückzuführen. Diese einzelnen Leistungen werden ja gut bezahlt, daß bei sehr vielen Kassen die Aerzte heute schon weit mehr an Honorar erhalten, als die Kranken an Prantengeld, sodass die Kassen schon tatsächlich mehr zu Versorgungsinstituten für die Aerzte als für die Kranken geworden sind.

Durch die ständige Vermehrung der Aerzte, zum kleinen Teil auch durch die relative Vermehrung der frankenversicherungspflichtigen Personen, ist der Umsatz der Praktizitätskasse der Aerzte verbleibenden Bevölkerung eingeschränkt worden. Sie sank von 2700 pro Arzt im Jahre 1885 auf 1711 in 1900 und 1550 in 1911. Seit 1900 war also die Abnahme nur noch gering.

Die Reichsversicherungsordnung bringt den Aerzten vermehrte Arbeitsgelegenheit. Manches Tierprächter, mancher Landarbeiter, die seither selbst bei schweren Krankheiten nicht zu einem Arzt dachten, werden nun mehr selbst bei leichten Fällen die Hilfe anuchen. Und der Arzt bekommt prompt sein Honorar. Hierdurch nicht ohnehin schon die Lage der Aerzte verbessert? Es ist deshalb im höchsten Grade ungerechtfertigt, wenn die Aerzte jetzt Forderungen stellen, welche einfach die gesamte soziale Fürsorge lähmen. Leider haben sie zur Verfehlung ihrer Pläne durch die Gesetzgebung und die weitgehende Unterstützung der Behörden als Angehörige der herrschenden Gesellschaftsklassen ungeheure Mittel in der Hand.

Gewerbe- und soziale Hygiene.

Rückgratsverkrümmung Jugendlicher infolge von Überanstrengung.

Eine besondere Form der Rückgratsverkrümmung, der Stolzose, ist die häufig bei jungen Leuten nach Entlassung aus der Schule zu beobachten. Es handelt sich dabei meist um Angehörige der arbeitenden Klassen, die mit noch nicht genügend geträgtem Körper schwere Lasten zu heben haben und sich auch sonst anstrengen müssen. Schanz, der zuerst auf diese Form der Stolzose hinwies, hat ihr deshalb den Namen „Stolzose“ gegeben. In der „Umschau“ macht Dr. Joh. Elsner einige nähere Mitteilungen über das Wesen der Erkrankung. In den meisten Fällen haben die jungen Leute in ihrer Schulzeit nichts davon gelernt, daß sie nicht gerade gewachsen seien. Erst nach Eintreten der Lehrstellen stellt sich dann eine fortwährende Verkrümmung ein, die mit andern starken Beschwerden verbunden war. Wo bereits eine leichte „Schreษheit“ in den Schuljahren vorhanden war, trat bei Eintreten in die schwere körperliche Arbeit regelmäßig eine bedeutende Verschlimmerung ein.

Der Verfasser führt zwei typische Fälle als Beispiel an. Bei dem einen handelt es sich um einen 23 Jahre alten Metallarbeiter, der in der Schule nicht schief war, aber, nachdem er in der Lehre viel heben mußte, mit 16 Jahren eine Stolzose bekam. Als er später als Schweizer noch nicht tragen mußte, trat rasche, schwere Verkrümmung ein, die von heftigen Schmerzen in der linken Brustseite begleitet waren. Der Befund zeigte eine noch recht ausgiebende Verkrümmung der Wirbelsäule im Brustteil mit Gegenkrümmung im Lendenende und starke Entzündungsscheinungen. Der zweite Fall betrifft ein junges 18jähriges Mädchen, bei dem schon in der Kindheit eine ganz leichte Rückgratsverkrümmung festgestellt wurde, die aber in der Schulzeit keine Verstärkung zeigte. Nach der Schulentlassung kam das Mädchen in einen landwirtschaftlichen Betrieb, wo es schwer arbeiten und heben mußte. Der Zustand verschärfte sich rasch; der heutige Befund entspricht etwa dem des jungen Mannes. Auch hier sind Brust, darüber noch Rücken- und öfters Magenschmerzen vorhanden. Zwei Photographien, die dem Artikel beigegeben sind, zeigen die traurig verkrümmten Rücken der beiden jungen Leute.

Dr. Elsner gibt als Erklärung für diese Erscheinung eine vielfach als Folge einer überspannten englischen Krankheit eintretende Schwäche der Wirbelsäule an. Manchmal handelt es sich auch um indirekte Schädigungen der Wirbelsäule während der Entwicklungsjahre und der Zeit starken Lungenwachstums. Diese minderwertigen Wirbelsäulen sind dann der starken Anspruchnahme durch irgend einen schweren körperlichen Werk nicht gewachsen. Elsner betont, daß man es meist mit recht bösartigen Formen, verbunden mit schweren entzündlichen Erscheinungen zu tun hat.

Um so bedauerlicher ist es, daß gerade der Bezugslasstolzose von den Orthopäden so gut wie keine Beachtung geschenkt wird. Und doch zeigen gerade diese Stolzosen bei zweckmäßiger Behandlung schon nach kurzer Zeit bedeutende Besserungen. Erhöht wird die Behandlung freilich dadurch, daß die Aerzte lassen, um deren Mitglieder es sich ja vorzugsweise handelt, nicht für die Beschaffung größerer orthopädischer Hilfsmittel, wie Geradehalter und Strecker einzutreten. Zur Selbstausstattung dieser Hilfsmittel sind aber die Betreffenden meist zu arm. Elsner regt daher den Gedanken an, die Invalidenversicherung, die ja ein Interesse daran hat, das Zustandekommen einer frühen Invalidität zu verhindern, heranzuziehen. Manchmal geschieht dies auch heute schon; oft laufen aber auch die Antworten abschlägig oder es werden Bedingungen gestellt, die die Aerzte zu erfüllen nicht imstande ist.

Vor allem sollten aber auch Eltern bei der Berufswahl ihrer Kinder darauf achten, daß sie da, wo ein schwacher Knochenbau vorhanden ist, eine nicht zu schwere körperliche Anstrengung, vor allem Heben von Lasten bedeckende Berufsart auswählen.

Gewerkschaftliches.

Die Geldmittel der Gewerkschaften. Man erinnert sich noch der kürzlich erfolgten Maßregelung einer ihrer Beamten durch die Deutsche Bank, als dieser die Wünsche seiner Kollegen bei der Geschäftsleitung der Bank vertreten hatte. Diese Maßregelung hat in Tageszeitungen und Arbeitertreinen mit Recht viel böses Blut gemacht, und da die Deutsche Bank von vielen Agenten- und Arbeiterorganisationen mit der Verwaltung der angekauften Kapitalien betraut ist, so ist der Gedanke aufgetaucht, ihr diese zu entziehen und zur Gründung einer eigenen Bank zu schreiben. Dieses Projekt wird in der Presse aller politischen Schattierung sehr eifrig erörtert. Für denjenigen, der etwas von den Dingen versteht, war es dabei ein großes Vergnügen, die Ausdrücke des Erstaunens solcher Leute zu sehen, die bisher gewohnt waren, in makeloser Selbstgefälligkeit auf die armen Schlueter herabzusehen, die „da gar nichts haben“ und doch kräftig dabei sind. Sinn in den so lässigen Unsinnen unserer Wirtschaft zu bringen. Wie konnte z. B. unser Mittelstand stets so kräftig die Konsumvereine stemmen, wie wohl war ihm doch stets dann, wenn er sein bestes, aber doch so falsches Argument von den vergangenen Konsumen großer Leute mit der nur ihm eigenen Selbstgerechtigkeit an den Mann bringen konnte. Dagegen wußten unsere Kleinhändler

auf einmal sehen, daß die so unig gehabten Konsumvereine Geld haben, sogar so viel Geld haben, daß die Mat von der Vergung der Arbeiterschichten schlechterdings gar nicht wahr sein kann, wenn anders die Regeln der Rechtssinn noch in Gültigkeit sind. Schr undich führt der "Punktus" die Leute ab, die ob der in letzter Zeit von den Gemeinden bei konsumgenossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen geprachten Anteilen die Augen ausrißen:

Viele brave Staatsbürger erinnern vor kurzem mit Erstaunen, daß irgendwo eine kleine Gemeinde ihre Geldbedürfnisse durch eine Anleihe bei einem Arbeiterverband gedeckt hatte. Wissende wandten sofort ein, daß das kein Einzelfall ist, und vor wenigen Tagen erst hat die Stadt Hildesheim ein provisionspflichtiges mit 4%, Proz. Zinsen ausgestattetes Darlehen in Höhe von 600.000 M. vom Verbande der Bergarbeiter Deutschlands in Bochum gewährt erhalten. Das Erstaunen über solche Geldtransaktionen war wesentlich dadurch hervorgerufen, weil die unzähligen politischen Heereien, von der bei uns in Deutschland leider keine Partei frei ist, bei vielen Leuten die Idee hatte anzustimmen lassen, daß das Geld der deutschen Arbeiter auf dem Umweg über die Gewerkschaften und Genossenschaften planlos vergendet und für agitatorische Zwecke verwandt wird. Wer das großartige Werk kennt, daß Deutschlands Arbeiterkonsumgenossenschaften in Jahrzehntelangem, zähem Wirken aufgebaut haben, wer weiß, daß in den Arbeiterkonsumgenossenschaften, die in einem Zentralverband zusammengefloßen sind, ein Kapital von fast 190 Millionen arbeitet, dem erschien solche Erwägungen von vornherein als Hirngespinst.

Gewisse Mittelstandsgeslechter, die sich einreden, die unbemittelten Konsumen mit den oben richtig charakterisierten faulen Nebendarten vor den Konsumvereinen gruselig machen zu können, dürfen sich das merken.

Noch mehr Sand in die Augen!

Die Deutsche Volksversicherung Aktien-Gesellschaft, die unter Ablösung der Regierung und der Mitwirkung nationaler und christlicher, sogenannter Arbeiter-, Handwerker- und Bauernorganisationen von 30 privaten Lebensversicherungsgeellschaften gegründete Gegen-Volksfürsorge, kann offenbar nicht recht vorwärts kommen. Die deutschen Arbeiter und Handwerker haben so viel von der seitigen Tätigkeit der Privatgesellschaften auf dem Gebiete der Volksversicherung gelernt, um genau zu wissen, daß der jetzt zutage tretende Eifer im Kampfe gegen die Volksfürsorge, der damit begann, die Volksversicherung unter Ausschaltung jeder Preisswirtschaft lediglich für die Versicherten einzurichten, sich doch nur bestätigt, um den privaten Versicherungsgeellschaften die Konkurrenz nicht gar zu gefährlich werden zu lassen. Darauf ändert auch die Tatsache nichts, daß die Gründer der Deutschen Volksversicherung A.-G. die verschiedenen Arbeiter-, Handwerker-, Bauer-, Angestellten- und Frauenorganisationen zur Werbung von Versicherten und Kästnerung der Prämien gnädig zuließen und den Anschein erwecken, als ob dadurch die Versicherten einen Einfluß auf die Verwaltung und Ausgestaltung der Gesellschaft hätten. Zugleich glaubten die Gründer, sie könnten diesen Anschein erwidern, wenn sie von den 4000 Aktien 37 auf einzelne Organisationen überschreiben ließen und damit bei der Generalversammlung neben ihren 363 Stimmen 37 Stimmen an die Zutreibervereinigungen abtreten. Im Aufsichtsrat und damit im Vorstand behielten sich die Gesellschaften die Entscheidung vor. Dieses bilden Sand hat nicht genügt, die Augen der Mitglieder der Organisationen zu blenden. Sie empfanden die Täuschung dieser Scheinfreizeitung und ließen ihre Leistungen und damit die Deutsche Volksversicherung A.-G. im Zuck.

Kritterweise ging die Volksfürsorge aller Bevölkerung und Belieferung zum Trotz ihren Weg und nahm eine glänzende Entwicklung. Es mußte also etwas Weitere geschehen, wenn die Mitglieder der vertraglich verpflichteten Organisationen zur Nutzheit animiert werden sollten. Die "Führer" der Organisationen drängten: sie wollten ja doch nicht nur als Pfeilwurfschilder bewegen lassen, ohne ihren Leuten weizuhören den Schein einer Mitverwaltung und Mitentscheidung vornehmen zu können. Die Gründer fanden diesem Drängen nach und hielten am 29. November d. J. im Reichstagsgesände unter dem Sitz des Reichstagsgrafen von Posadowitz-Wehner eine nochmalige außerordentliche Generalversammlung ab. Dabei traten die Gründer, d. h. die 30 privaten Lebensversicherungsgeellschaften, zu den seitigen 37 Aktien noch weitere zehn Aktien an die vertraglich verpflichteten Organisationen ab, was zwar erschien isoliert: Der Verband der evangelischen Arbeitervereine Saberius & d. Rh., die evangelischen Arbeitervereine Sachsen, Main, die Zentralverbande der christlichen Fabrikarbeiter Köln, der Güterarbeiter, die christlichen Federarbeiter, die christlichen Metall- und Eisenarbeiter und die christlichen Bergarbeiter der Reichsdeputationsgemeinde für Handel und Gewerbe e. S. (Bismarckia), der Verband deutscher Gewerkschaften zu Leipzig und der Verein für Handlungskommission von 1882 (Gutenberg).

Am 1. 11. 1913 des Gesellschaftsvertrags der Deutschen Volksversicherung A.-G. bei der Generalversammlung „die Mitte eine Zusatz gewährt“, bestätigen die 37 privaten Versicherungsgeellschaften zunächst mit 363 Stimmen und 365 Stimmen. Der staatlichen „Arbeitskammer“ Organisationen hat man mit der staatlichen Unterzeichnung aus 11 Aktien zu je 500 M. je 37 Stimmen auf der Generalversammlung eingerichtet. Jetzt kommt nicht sonst! Die Vertreteren der Organisationen sagten noch weiter: Aber bestätig daher, die Aufsicht der Gewerkschaften über den 35 auf 37 zu setzen, so daß diese den Organisationen endlich auch einen Zug an Gewalt entzieht, der selbst ganz noch das Gewissen der Organisationen zerstört war.

Das mit Sicherheit am Bericht verdeckte Register hat die "Führer" der Deutschen Volksversicherung A.-G.: 1. Dr. Arthur Posadowitz-Wehner, ehemaliger Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes A.-G.; 2. Dr. Eduard Schmid, ehemaliger Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes der Berliner Gewerkschaften A.-G. Niemand

Günther (Berlin-Schöneberg), 5. Prokurist Albert Rothe (Berlin-Wilmersdorf).

Den Aufsichtsrat bildeten seither: 1. Staatssekretär a. D. Dr. Graf Arthur von Posadowitz-Wehner (Naumburg), 2. Direktor Albert Senden (Köln), 3. Direktor Dr. Theodor Walther (Leipzig), 4. Direktor Franz Wolff (Stettin), 5. Generaldirektor Paul Dumile (Frankfurt, Main), 6. Direktor Dr. Diedrich Bischoff (Leipzig), 7. Direktor Dr. Philipp Labes (Frankfurt, Main), 8. Generaldirektor Robert Hartelöer-Röhringhoff, Geheimer Regierungsrat (Berlin), 9. Regierungsdirektor Karl Ritter v. Haap (München), 10. Direktor R. Nimmig (Karlsruhe). Also eine reine Vertretung der privaten Versicherungsgeellschaften, die das gesamte Gründungskapital von 2 Millionen Mark und den Organisationsfonds von 1 Million Mark zur Verfügung gestellt hatten!

In der außerordentlichen Generalversammlung wurden nun Vertreter der „mitarbeitenden“ Organisationen als weitere Aufsichtsratsmitglieder ernannt, und zwar: Margaretha Behm, Gewerksverein der Heimarbeiterrinnen; Abg. Behrenz, Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter (Essen); Goldscheidt, Verband deutscher Gewerksvereine (D.-V.) (Berlin); Gutsche, Reichsleitung der Verbände der Beamten und Arbeiter staatlicher Verkehrsanstalten (Elberfeld); Dr. Heine, Bayerischer Bauernverein (Regensburg); Abg. Heller, Verband deutscher Eisenbahn-Handwerker und -Arbeiter (Berlin); Abg. Tr. Bayerischer Handwerker- und Gewerbebund (Erding, Bayern); Dr. Köhler, Verein für Handlungskommiss von 1858 (Hamburg); Störzel, Evangelische Arbeitervereine Deutschlands (Essen); Siebold, Reichsleitungsgemeinschaft für Handel und Gewerbe (Braunschweig); Otto, Verband deutscher Handlungsgesellschaften (Leipzig); Schlac, Reichsverband deutscher (christlicher) Konsumvereine (Mühlheim, Rhein); Stegerwald, Gesamtverband christlicher Gewerkschaften (Köln); Monseigneur Walterbach, Süddeutscher Katholischer Arbeiterverein (München). Damit war das Entgegenkommen der Gründer erschöpft. Alle Delegationen, daß nunmehr die Deutsche Volksversicherung A.-G. eine Volksversicherungsgesellschaft der Arbeiter und ihrer Organisationen sei, sind und bleiben eben — leere Deklamationen ohne praktische Bedeutung! Die Deutsche Volksversicherung A.-G. bleibt auch nach diesen Konzessionen, was sie seither war: ein Unternehmen der privaten Versicherungsgeellschaften, gegründet, um die von den privaten Versicherungsgeellschaften befürchtete Konkurrenz der von den deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften ins Leben gerufene Gewerksversicherung für das Volk, die Volksfürsorge, möglichst abzuschwächen!

Die übrigen Neuheiten der außerordentlichen Generalversammlung rückten sich gegen die für die Deutsche Volksversicherung A.-G. so unangenehme, unlautere Konkurrenz der öffentlich-rechtlichen Institutionen des agrarischen Generallandschaftsdirektors Rapp, der sich mit seinen Gründungen nicht in den Dienst der privaten Gesellschaften stellen will. Von den seitigen gesellschaftlichen Erfolgen der Deutschen Volksversicherung A.-G. wurde kein Wort berichtet. Wenn sie gute gewesen wären, hätte der Vorstand sicher nicht gejagt, in aller Ausführlichkeit mit der Auszeichnungskraft der Deutschen Volksversicherung A.-G. Kellane zu machen. Das spricht mehr als alles andere für die Tatsache, daß die Versicherungslustigen im Volke, die sich selber von den einzelnen Gesellschaften nicht fröpfern lassen wollten, nun auch keine Lust haben, ihnen in dieser neuen Form der Vereinigung das Gesäß zu vergroßern. Die Offensichtlichkeit zeigt, daß auch die Konzessionen der außerordentlichen Generalversammlung keinen andern Zweck haben als den wohl schäbigen Charakter der Deutschen Volksversicherung A.-G. zu verdeutlichen und beurteilt sie ganz richtig als wohlverdiente Konkurrenz manövriert.

Wer die Volksversicherung des Volkes megen fordern will, der tut dies durch Unterstützung der Volksfürsorge, die gegründet wurde, um dem gesamten Volke die Wohlthat der Volksversicherung zugemälerzt zulommen zu lassen!

Vom Ausland.

Verhandlungen der American Federation of Labor.

In der Stadt Seattle im fernen Nordwesten der Vereinigten Staaten Amerikas fand die 3. Konvention der American Federation of Labor (Zentral-Gewerkschaft) unter zahlreicher Beteiligung von Delegierten im Monat November statt.

Es wurde sich über Freiheit und Redefreiheit und hob hervor, daß die beste Waffe des Arbeiters die Loyalität sei, um plausiblerweise Beamte zur Verantwortung zu ziehen und unzählig zu machen. Die A. F. of L. sei auf dem besten Wege, drei Millionen Mitglieder zu erhalten, denn die Zweimillionenzahl habe man bereits überschritten.

Zu dem von der Exekutive des Delegierten übermittelten Jahresbericht werden in eingehender Darlegung die verschiedensten Arbeitsverhältnisse in den Vereinigten Staaten und den amerikanischen Inselpflichtungen behandelt. Ausführlich beschäftigt sich der Bericht mit dem „Nationalverband der Fabrikanten“ und dem Ergebnis der juristischen Untersuchung der von diesem Verband seit Jahren in der Bundesstaatshauptstadt befindeten „Congress-Lobby“. Unter Hinweis auf die Zeugenansprüche vor dem Untersuchungsausschuß des Kongresses wird das Treiben jener Lobby¹⁾ als die „unfaßbare Regierung durch organisierte Dollars“, verkörpert im Nationalverband der Fabrikanten, bezeichnet.

Die Beamten jener Organisation, so heißt es in dem Bericht, haben nicht begriffen, daß sie ihren Lobbyist zu große Saläre bezahlt und riesige Ausgabenentnahmen konzentriert haben. Ferner ist nicht begriffen, daß sie verbündete Industrie zu brechen, und daß ihre Agenten in den Räumen des Kongresses und in den Zimmern der Kongressmitglieder aus- und eingehen, um die Gesetzgebung gegenläufig der Arbeiter zu vereiteln.

¹⁾ Lobbyisten nennt man solche Personen, welche im Kongresshaus zu verbleiben, um für die Fabrikanten entweder gegen Interesse neuer Gesetze zu wirken oder auch für Gewilligungen zu agieren.

Die baldige Eröffnung des Panamakanals gibt der Executive der American Federation of Labor Gelegenheit, sich für eine größere Beschränkung der Einwanderung durch nationale Gesetzgebung zu erklären. Der durch den Panamakanal ermöglichte leichtere Zugang zu der Pazifikküste zwingt den Arbeitern in den westlichen Staaten die Pflicht auf, das neue Problem der ausländischen Einwandererarbeit ernstlich in Erwägung zu ziehen. Bedauert wird der Fehlschlag der angestrebten Abhilfemaßnahmen in verlorenen Konsessen.

Hinsichtlich der Tätigkeit des Bundes-Arbeitsdepartements befürwortet der Bericht die Einrichtung eines „Bureaus für Sicherheit“, dessen Aufgabe es sein soll, für die Sicherheit der Arbeiter und die Förderung von Sicherheitsvorrichtungen zu sorgen. Ein Museum für Sicherheitsanlagen würde der Förderung dieser verschiedenen Zwecke sehr dienlich sein.

Secretary Morrison kann über einen Kassenbestand der Föderation von 105.063.05 Dollar berichten. Davon befinden sich 84.924.82 Dollar im Verteidigungsfonds, der nur im Falle von Streiks und größeren Arbeiterschlachten zur Verwendung kommt. Die Gesamteinnahmen betrugen im Jahre 244.292.04 Dollar, die Ausgaben 258.702.92 Dollar; die Mehrausgabe betrug also 14.410.88 Dollar. Mehrere Aufrufe um freiwillige Beiträge müssen erlassen und Erkabiteäge ausgeschrieben werden, um die Prokosten gegen die Vorstandsmitglieder Compers, Mitchell und Morrison, sowie gegen die Antikohort-Assoziation in dem Huimachersfall und die damit involvierten Ausgaben aufzubringen. In ganzen hob sich die Stimmstärke der Unions von 18.499 im Jahre 1912 auf 20.716 in diesem Jahre.

Eine große Zahl der internationalen Unions hatte Erfolg im Berichtsjahr zu verzeichnen in bezug auf Mitgliederzunahme, Lohn erhöhung und Arbeitszeitverkürzung. Die Walter gewannen 6789 Mitglieder, erzielten 141 Charter und nahmen 88 zurück.

Mit den verschiedenen Minimalslohn-Gesetzen in Staaten wie Kalifornien, Colorado, Massachusetts, Minnesota, Nebraska, Oregon, Utah, Washington und Wisconsin, die sämtlich in der Zeit von Juni 1912 bis August 1913 angenommen wurden, beschäftigt sich der Bericht ausführlich und hält schließlich dafür, daß solche Gesetze für Frauen und Minderjährige wohl zu begrüßen sind, daß sich die organisierten Arbeiter aber entschieden dagegen wenden würden, sollte hier der Versuch gemacht werden, diese auch auf Männer anzuwenden, da die Organisation eher imstande sei, angemessene Löhne zu erringen, als die Gesetzgebung. Nachdem die Betreibungen der Kapitalisten im Gerichtsmaßnahmefall und Huimachersfall gebührend gebraucht, kommt der Bericht auf die Attentate auf die Rebsfreiheit zu sprechen. Die Executive protestiert scharf gegen die behördlichen Unterdrückungsmaßnahmen.

Wie in der letzten Konvention beauftragt, sandte der Vorstand einen Vertreter zur Sitzung der Internationalen Sekretäre nach Zürich. G. W. Perkins, Präsident der Zigarrenmacher-Union, war der Vertreter. Aufgrund der von ihm überbrachten Einladung wird die nächste Konferenz der Internationalen Sekretäre im Jahre 1913 in San Francisco stattfinden. Da die Kosten für die europäischen Landesverbände sich sehr hoch stellen würden, wird die A. F. of L. 2000 Dollar hierzu beitragen. Auf dem Kongress wurde die Erhöhung der Beiträge beschlossen, die von allen Sekretären gutgeheißen wurde, mit Ausnahme des amerikanischen Vertreters.

Am Schlus berichtet der Vorstand, daß er sich mehrere Grundstücke angesehen, um einen Platz für die Errichtung eines eigenen Gebäudes als Hauptquartier der Föderation zu finden, daß es ihm aber noch nicht gelungen sei, einen passenden Platz zu finden, doch wolle er seine Bemühungen in dieser Richtung forsetzen. Endlich werden noch folgende Vorschläge gemacht: das Datum des Konventionsbeginns auf den zweiten Montag im Juni zu versetzen; keine Konvention im Jahre 1914 abzuhalten, dagegen im Juni 1915; das Fiskaljahr in der Folge am 30. April zu schließen, beginnend 1915; ebenso soll der Amtstermin der Beamten am 1. August 1915 ablaufen.

Unter dem jetzigen Präsidenten der Vereinigten Staaten ist auch ein sog. Arbeitsminister für Arbeiterangelegenheiten, der aus den organisierten Gewerkschaften entnommen worden ist. Er erklärt, er werde nicht allein an die Oeffentlichkeit bringen, welche Arbeitslöhne den Bergleuten gezahlt würden, wie lange die Arbeitszeit und wie die Arbeitsverhältnisse gestaltet seien, sondern auch, welche enormen Profite die Minenbesitzer in die Tasche stecken. Bezuglich der Situation in Columet (Mich.) sagte der Sekretär, es sei schon bisher Gebrauch gewesen, in solchen Fällen Untersuchungen über die Arbeitslöhne, die Arbeitszeit und die Arbeitsverhältnisse anzustellen und darüber zu berichten. Diesmal sei er aber entschlossen, noch einen Schritt weiter zu gehen und die Untersuchungen auch auf die Reingewinne der in Betracht kommenden Korporationen auszudehnen.

„Und was ich Ihnen hier mitzuteilen gebende“, fuhr der Redner fort, „brüht nur oberflächlich eine Seite der Konvention: die größte der an der Kupferproduktion im Michigan-Distrikt beteiligten Korporationen wurde im Jahre 1870 auf Grund der Gesetze des Staates Michigan organisiert. Nach dem Kurswert beträgt ihr Aktienkapital 2.500.000 Dollar, welches in Aktien zu je 25 Dollar geteilt ist. Sie wurden aber zum Preis von 12 Dollar pro Stück abgegeben, so daß das wirkliche Auslagekapital nur 1.250.000 Dollar beträgt. Seit jener Zeit und bis zum vorigen Jahre, also während eines Zeitabschnittes von 42 Jahren, hat die Korporation gemäß dem letzten uns vorliegenden offiziellen Bericht Dividenden im Betrage von 121.000.000 Dollar erlöst, und aus ihren Reingewinnen in dem Unternehmen 25.000.000 Dollar von neuem angelegt. Mit einem Auslagekapital von 1.250.000 Dollar wurden im Laufe von 42 Jahren annähernd 20.000.000 Dollar an Reingewinn erzielt, und trotzdem protestiert die Korporation nicht allein dagegen, daß sie sich mit Komitees ihrer Arbeiter auf Verhandlungen einlassen soll, sondern sie weigert sich sogar, die Vermittlung des Arbeitsdepartments zur Verhandlung über die Beilegung der Differenzen anzunehmen. Sie erklärt, ihr Besitz sei ihr Eigentum, mit dem sie befugt sei, zu tun, was ihr beliebe. Das mag ja sein, aber Leute, die einen solchen Standpunkt ein-

nehmen, haben eine falsche Vorstellung vom Eigentumsrecht."

Bei der Versprechung der Macht der organisierten Arbeiter sagte der Redner: "Wenn ich auf meine vierzigjährigen Erfahrungen als Tradesunionist zurückblicke, sehe ich viele, die es in der Trades-Unionbewegung niemals zu einer hervorragenden Stellung gebracht haben, Männer, die das Szepter hätten führen können, die aber auf dem Wege von der Macht des organisierten Kapitals erdrückt worden sind, weil sie gegen Verhältnisse protestierten, die Recht und Billigkeit hohnsprachen. Ich sehe, daß dieser Erdrückungsprozeß hier und da in unserm Lande auch heutzutage noch vor sich geht, und, wenn das Arbeitsdepartement etwas zu tun vermag, um diesen Erdrückungsprozeß zu beseitigen, diesen Prozeß der Erdrückung von Arbeitern, weil sie sich erhöht haben, Protest einzulegen, so wird das Arbeitsdepartement alles, was in seiner Macht steht, tun, um ihn zu verhindern."

Des weiteren verurteilte der Redner die Verwendung von Streitbrechern bei Arbeitersicherungen, kam bei dieser Gelegenheit auf den Straßenbahnerstreit in Indianapolis zu sprechen und erklärte gegen den Willen der Mitglieder der Manufacturers' Association, welche behauptete, man ermüte dadurch den Trades-Unionismus, habe das Arbeitsdepartement dorthin einen Vermittler gesandt und den Triumph erlebt, daß schließlich eine Verständigung zu stande gebracht wurde. "Wir haben", fuhr der Sekretär fort, "anlässlich des Streits auch einen Vertreter nach den Stahlwerken entsandt. Wir griffen dort sogar schon ein, ehe es zum Streit kam, aber bis jetzt ist es uns nicht gelungen, eine Beilegung der Differenzen herbeizuführen. Wir sind jedoch mit unseren Bemühungen noch keineswegs zu Ende."

Doch bei den Neuen wird es wohl bleiben, indem der Minister gar keine Macht besitzt, erfolgreich einzugreifen.

Es erfolgte das Verlesen eines umfangreichen Berichts über den Bürlicher Kongress seitens des internationalen Präsidenten der Zigarrenmacher-Union, in welchem er direkte Aktion, Sabotage, Kommunismus und Angriff auf konstitutionelle Regierung als den besten Interessen der Arbeiters zuwider, tadelte. Tazelaar^{*)} wurde sofort nach Eröffnung der Sitzung offiziell "festgenagelt", als das Komitee für Mandate ihm für unzulässig erklärte. Die Delegierten bezeichneten Tazelaar als den Mann, der während der Muhsall-Untersuchung von Muhsall als derjenige bezeichnet wurde, dem 1800 Dollar gezahlt wurden, um beihilflich zu sein, Senator Hughes von New-Jersey bei den Wahlen zu schlagen. Tazelaar führte einen verzweifelten Kampf um seinen Sitzen im Kongress, aber er wurde niedergeschlagen und hinausgewiesen.

Eine große Anzahl Resolutionen lag vor, doch fand die Majorität keine Berücksichtigung. Da schon die Begehung der Komitees konservativ war, der am wenigsten fortschrittliche war der Sekretär des Verbandes der Maler und Ausstecher. Wie weit dessen Fortschritt geht, zeigt seine Handlungswise auf der letzten Konvention der Brüderlichkeit, wo er nicht einmal in seinem Bericht auf die Vorgänge der Fachgenossen in Europa hindeutet, und bei den Debatten über den Anschluß an das Internationale Sekretariat der Maler sich diesem wegen der Unstufen feindlich gegenüberstellte.

Zu den großen Kuriositäten für die Besucher der Konvention muß sicher Herr Gabalier Dominiot Alessandro gerechnet werden. Er ist der Präsident der Internationalen Mörteleträger- und Bauhilfsarbeiter-Union. Seinen schönen Titel hat er vom König von Italien für seine großen Verdienste um die Wohlfahrt des Volkes verliehen bekommen. Seine Hauptverdienste in dieser Richtung waren denn auch recht volle Taschen, die es ihm ermöglichten, sich auf der Arbeiter-Konvention in Gold und Diamanten zu präsentieren. Automobilfahrten gehören zu seiner Hauptbeschäftigung.

Es gibt übrigens auch andre vielleicht für manchen organisierten Arbeiter komische Räume auf dieser Tagung. Mehrere Delegierte verbrachten ihre freie Zeit mit Reden in Kirchen. So sprach der Präsident der Grobschmiede, James W. Kline, in der Methodistischen Episkopalkirche.

Die Delegierten von San Francisco erklärten, daß sie eine der bestorganisierten Städte der Nation haben. Durch ihre nach Industrien geordneten Zentralkörperchaften sind sie imstande, alle größeren Betriebe leicht zu kontrollieren und zu geeinten Aktionen zusammenzuschließen. So sind auch die Theaterte vom Janitor bis zu den Musikern und Künstlern organisiert.

In derselben Art sind alle Industrien organisiert. In San Francisco sind auch die unter Zwischenregeln Angestellten in allen Regierungszweigen dabei, ausgezeichnet organisiert zu werden und ihr Delegierter Ansprechpartner konnte berichten, daß sie vorläufig nicht allzu großen Widerstand zu überwinden hatten.

Pläne für die größte Arbeitsausstellung, welche je in diesem Lande gezeigt wurde, und die im einzelnen die Erfolge der organisierten Arbeiterschaft vor Augen führen soll, werden der Konvention vorgelegt werden. Diese Ausstellung soll mit der Weltausstellung in San Francisco im Jahre 1915 verbunden werden, zu welcher Zeit auch die Konvention daselbst abgehalten werden wird. Die Ausstellung wird eine besondere Unterstützung des Union-Märkte Trades-Departement der A. F. of L. erhalten, die einen Teil der Ausstellung bilden wird, um zu zeigen, wie groß die Vorteile der Unionarbeitsprodukte gegen die von Nicht-Unionleuten hergestellten sind. Da würde z. B. vor Augen geführt werden, was die organisierten Männer für die Bergarbeiter unter Tage geschaffen, welchen Kampf die Zigarrenmacher-Union gegen die Tuberkulose, die Bäcker-Union gegen die Kellerbäckerei geführt haben u. a.

Sehr enttäuscht ist Thomas Greenall, der "Freundschafts-Delegierte" aus England, über den Kongress. "So rücksichtlich habe ich mir die Föderation nicht vor-

nahm. Trotz allem kann dieser Schwanzpolitiker noch sein Treiben in gewissen Arbeiterkreisen weiterführen. gestellt", sagt er u. a. "Einige von den Delegierten bemalen es sogar schon mit der Angst, als das Wort „Sozialismus“ ausgesprochen wurde. Ich kann dies nicht begreifen. In Großbritannien wissen die Arbeiter, daß der Sozialismus kommen wird und kommen muss. Von dem, was ich in diesem Lande gesehen habe, kann ich nur sagen, daß die Aussichten für den Sozialismus sehr günstig sind, ja vielleicht besser, wie in Europa. Wenn ich den Arbeitern in England erzählen werde, daß junge, kräftige Leute an der Pacific-Küste betteln müssen, weil sie keine Arbeit finden können, so werden sie es kaum glauben."

Die Zustände sind hier gerade so, wie in meinem Vaterlande. In Vancouver, in English Columbia, wo ich einen Besuch abgestattet, habe ich die bitterste Armut gesehen, und die Arbeitslosigkeit ist dort gerade ebenso groß wie in Manchester. In England haben die Trades Unions wenigstens Erfolge erzielt, wir waren imstande, eine Arbeitszeit festzulegen und wir waren auch auf dem politischen Felde erfolgreich. Soeben haben wir vom Parlament ein Gesetz erlangt, das uns in den Stand setzt, Gelder für politische Zwecke zu sammeln, also Wahlfonds auszubringen, um unsre Genossen ins Parlament zu wählen und sie zu unterstützen. Wir glauben, daß die Arbeiter viel Gutes durch dieses Gesetz erlangen werden." Er betonte ferner, daß es für ihn wirklich etwas ganz Neues war, einen katholischen Bischof in einem Arbeiterkongress zu sehen. "So etwas habe ich in diesem Lande nicht erwartet", fuhr er fort. "Die Kirche war in England niemals imstande, die Arbeiterbewegung zu spalten. Die katholische Kirche hat es zwar während des Kirchlichen Kämpfes versucht, aber es ist ihr nicht gelungen. Gegen-Unions versuchte sie in andern Gewerken zu gründen, sie war aber niemals erfolgreich. Daß sie den Sozialismus haft, ist bekannt."

Bemerkenswert ist noch, daß der Bischof hin und wieder Drohungen gegen die Sozialisten ausstieß und dann ausrief, daß der Unionismus und die Religion Hand in Hand zur Besserstellung der Lage der Arbeiter gehen müsse. Der Bischof erzählte natürlich den Delegierten nicht, daß die Geistlichen im Auftrag des Papstes alles auszutreten, um Scabs (Streitbrecher) für die Zechenbesitzer zu besorgen. "Die katholische Kirche", schrie er einmal, ist entschieden gegen den Sozialismus und wird keine sozialistische Philosophie dulden. Wenn die Föderation die Unterstützung und die Bestätigung der katholischen Kirche haben will, so muß sie die christliche Philosophie forscheln."

Ein anderer dieser Freundschafts-Delegierten der "Diener Gottes" namens Dicy kam mit dem Kollegen E. Arnold von der Deutschen Maler-Union Chicago in Verführung. Arnold ist schon jahrelang in der Gewerkschaftsbewegung in Chicago tätig; noch einer der wenigen, die ständig geblieben sind aus der Bewegung von 1886. Seine eingereichten Resolutionen: die Einführung des Sechskundentags, die Übernahme der Bahnen usw. durch den Staat und Anerkennung der Organisationsform der deutschen sowohl wie der ausländischen Nationalverbände, fanden bedauerlicherweise keine Majorität, sei h verursachte sie eine rege Debatte und die Tagespresse brachte eingehende Berichte.

Beschlossen wurde, mit dem Internationalen Sekretariat und der Internationalen Friedenskonferenz verbunden zu bleiben. Im Jahre 1914 findet in Philadelphia die jährliche Versammlung statt. G. Compers wurde wieder zum Präsidenten gewählt.

Postanstalt kann man Bestellungen aufgeben oder beim Verlag von Georg D. W. Gallwey in München, Luisenstraße 2.

Verschiedenes.

Die Ausstellung deutscher Kunst 1650 bis 1800 in Darmstadt 1914. Im kommenden Jahre findet im Residenzschloß zu Darmstadt eine Jahrhundertausstellung deutscher Kunst statt, die der kunstgeschichtlich noch wenig durchforschten Zeit des Dreißigjährigen Krieges bis zur Ära Napoleons gelten wird. In dem Zustandekommen dieser Veranstaltung arbeiten an hundertfünfzig der ersten Kunstsäle des In- und Auslandes mit, und ein großer Teil des dortigenfürstlichen und privaten Besitzes wird bei der Gelegenheit zum ersten Male der breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Ausstellung wird das gesamte Gebiet der Malerei, einschließlich der Produktion in Österreich und der Schweiz, möglichst geschlossen zur Darstellung bringen, ferner von dem bildhauerischen Schaffen, speziell auf dem Gebiete der Kleinkunst, ein abgerundetes Bild zu geben versuchen, endlich aber auch dem Kunstsägewerbe (Arbeiten in Edelmetall, Elfenbein, Holzminaturen) einen breiten Raum zugestehen. Eine besondere Abteilung der Ausstellung wird den Handzeichnungen, Aquarellen und Pastellen gewidmet sein, und endlich soll eine Porträtgalerie des geistigen Deutschlands der Zeit das lithographisch-historische Interesse zu befriedigen versuchen. Die Ausstellungslaufzeit wird sich an alle Besitzer von Kunstsälen aus der genauen Zeit mit der Bitte, sie auch dann dem Kunstdienstlichen Leiter Professor Dr. Georg Biermann oder den für Berlin eingelieferten Vertrauensmännern Professor Dr. Makowsky, Nationalgalerie, oder Dr. G. Kern, Gustav, an der Nationalgalerie, umhast zu machen, wenn ihre Ausstellung auch nicht beabsichtigt wird. Es ist geplant, späterhin das gesamte Material, das die Darmstädter Veranstaltung zeitigt, in einer mehrbändigen Publikation zu verarbeiten.

Sterbetafel.

Stuttgart. Am 8. Dezember starb unser langjähriges Mitglied der Kollegie Karl Heller, Feuerbach, infolge Bleivergiftung.
Hamburg (Sektion Schiffsmaler). Am 10. Dezember verschied plötzlich unser treuer Mitglied Josef Nuff im Alter von 23 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Vereinstafel.

Rekordverzeichnung.

Ausgeschlossen auf Grund des Statuts § 3 Abs. 3 Abs. a das Mitglied Anton Böhmer, Buchn. 81261, durch die Filiale Bayreuth.

Befolgt werden die bis zum 15. d. Mts. gemeldeten Neuwahlen der Filialverwaltungen.

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 9. bis 15. Dezember.

Eingesandt wurden für die Hauptkasse: Görlitz 300, Duisburg 550, Röslin 100, Lübeck 600, Waldenburg 100, Beile (Dänemark) 7,55 M.

Für den "Vereins-Anzeiger": Verband der Maler Dänemarks 150.— M.

Material wurde verändert:

B. = Beitragsmarken. V. = Vorklasse. K. = Kalender. D. = Duplikatsmarken. E. = Eintrittsmarken. M. M. = Marken-Mappen. F. = Filialer.

Augsburg 400 B. a 80 D. 200 B. a 100 S. 400 B. a 120 D. 5 D. 20 F.; Bremerhaven 1000 B. a 80 S., 2000 B. a 120 D. 20 F.; Chemnitz 4000 B. a 70 S., 2000 B. a 90 S., 1000 B. a 110 D. 100 E. 30 K.; Coblenz 600 B. a 70 D.; Köln 200 B. a 10 D.; Coburg 25 K.; Darmstadt 2000 B. a 80 D. 2000 B. a 120 S. 5 K.; Dortmund 10 A.; Duisburg 400 B. a 70 S.; Essen 600 B. a 100 S. 10 D. 20 N.; Freiburg 200 B. a 80 D. 200 B. a 120 D.; Güstrow 200 B. a 80 S. 10 K.; Hamburg 1200 B. a 105 D. 20 B. a 45 D.; Heilbronn 10 D. 20 K.; Hof 12 R.; Liegnitz 200 B. a 70 D. 200 B. a 90 D.; Lörrach 100 B. a 70 D.; Mainz 20 R.; Mühlhausen 800 B. a 75 S. 200 B. a 95 S. 200 B. a 115 D.; Siegen 400 B. a 80 D.; Singen 100 B. a 70 S.; Werbau 20 R.; Würzburg 10 R.

Duplicate wurden ausgestellt für die Kollegen: Bruno Petersen, Buchn. 93097, bezahlt bis 44. Woche 1913, Bremen; Georg Kapitola, Buchn. 32816, bez. bis 44. W. 1913, Breslau; Friedr. Bertsch, Buchn. 6952, bez. bis 39. W. 1913, Cassel; Otto Bismarck, Buchn. 8867, bez. bis 45. W. 1913, Frankfurt a. M.; Aug. Plutat, Buchn. 88857, bez. bis 44. Woche 1913, Bremerhaven; Karl Geiß, Buchn. 64257, bez. bis 41. W. 1913, Görlitz; Joh. Thissen, Buchn. 10131, bez. bis 39. W. 1913, Berlin; Ernst Brumm, Buchn. 11850, bez. bis 39. W. 1913, Berlin; Bruno Schulz, Buchn. 71501, bez. bis 13. W. 1913, Berlin; Paul Orlawsky, Buchn. 77968, bez. bis 24. W. 1913, Berlin; Paul Lösch, Buchn. 18763, bez. bis 45. W. 13. Chemnitz; Sophus Jørgensen, Buchn. 24798, bez. bis 35. W. 1913, Flensburg; Aug. Strauch, Buchn. 9701, bez. bis 47. W. 1913, Frankfurt a. M.; Friedr. Schmidt, Buchn. 11802, bez. bis 44. W. 1913, Liegnitz; Josef Rieß, Buchn. 16852, bez. bis 44. W. 1913, Chemnitz; Friedr. Schauß, Buchn. 18977, bez. bis 28. W. 1913, Duisburg; Willi Höhn, Buchn. 11907, bez. bis 39. W. 1913, Gotha; Josef Bopp, Buchn. 27374, bez. bis 41. W. 1913, Mainz; Aug. Rath, Buchn. 77161, bez. bis 49. W. 1913, Weimar; Friedr. Steuß, Buchn. 83720, bez. bis 29. W. 1913, Frankfurt a. M.

* En diesem Jahre werden 53 Wochenbeiträge nach Beschluss der Generalversammlung zu Halle erhoben. Die 53. Woche ist vom 28. Dezember bis zum 3. Januar. Die erste Beitragswoche des nächsten Jahres beginnt mit dem 4. Januar. Wir ersuchen dieses in den Filialen zu beachten. Die Beitragsmarke für die 53. Woche ist in die

Fachliteratur.

Deutsche Malerzeitung "Die Mappe". Heft 9 (Dezemberheft) des laufenden Jahrganges ist in der bekannten vornehmsten und reichhaltigen Ausstattung erschienen. Die vorzüglich ausgeführten fünf farbigen Vorlagen, die sich so recht für den praktischen Gebrauch verwenden lassen, enthalten: Decke und Wand (Tafel 41) von L. Meyer-Hannover; Vorraum für ein Hotel (Tafel 42), entworfen von B. C. Kiel-Hannover; St. Georg (Tafel 43) entworfen von R. Wiegand-München; Bier-Wienerstube (Tafel 44), entworfen von A. Schmelzer jr.-Stuttgart; Gesch. Blumenküche (Tafel 45), entworfen von G. Göde-Dresden. Das besonders Wertvolle in dieser illustrierten Fachzeitschrift ist außerdem der sorgfältig und mit Kenntnis unserer gesamten beruflichen Vergangenheit bearbeitete technische Teil in der "Mappe" und in der wöchentlich erscheinenden "Deutschen Malerzeitung", der den vorwärtsstreben Kollegen ein praktischer und zuverlässiger Berater ist, sie aber auch auf dem theoretischen, sachwissenschaftlichen Gebiet auf dem laufenden hält. Der Abonnementspreis ist in Abrechnung des hier Gebotenen ein billiger zu nennen, pro Quartal beträgt er nur 3 M. Bei jeder

^{*)} J. Tazelaar, Mitglied der Bruderschaft der Maler und Ausstecher, war mehrere Jahre Organisator des Verbandes, dann im Dienste der American Federation of Labor. Er wurde aber später von Gomberg entlassen, als es sich herausstellte, daß er auch noch Geld von dem Vertreter der Manufacturers' Association

